

Liebe Leserin, lieber Leser,

diese Seite bietet Hilfestellung an für alle, die in Zusammenhang mit unserem Buch "Angriff auf die Freiheit" etwas vertiefend nachlesen möchten. Zum einen kann es lästig sein, ellenlange URLs aus dem Anmerkungsapparat abzutippen - hier kann man die betreffenden Seiten mit einem Klick erreichen. Zum anderen ist das Link-Angebot auf dieser Seite umfangreicher als im Buch - um den Text nicht zu überfrachten, haben wir den Anmerkungsapparat gekürzt und stellen hier die vollständige Version zur Verfügung.

Die Anmerkungen sind nach Kapiteln geordnet. Die Links sind auf dem Stand von März 2009.

Wir hoffen, dass dieser Service bei der Recherche hilft.

Es grüßen herzlich,

**Ilija Trojanow
Juli Zeh**

Vorwort: Das Ende der Freiheit

Aus dem Fragment Akrisios. Im Englischen: „A fearful man is always hearing things.“ oder alternativ: „To the man who is afraid, everything rustles.“ In Fragments, l. 58 (Acrisius) (siehe <http://wist.info/s/sophocles/>)

Seit dem 1.11.2007 sind auf deutschen Reisepässen neben einem Foto auch die Fingerabdrücke enthalten (siehe http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/pa_g_1986/gesamt.pdf).

Seit Dezember 2008 speichert das Homeland Security Department der USA die Fingerabdrücke von einreisenden Ausländern, auch Touristen (siehe <http://govexec.com/dailyfed/1107/112707tdpm1.htm>).

Einer der am häufigsten geäußerten Kritikpunkte am E-Pass ist die mangelnde Garantie dafür, das andere Staaten die Daten nicht speichern oder für andere Zwecke weiterverwenden (siehe z. B. <http://www.tagesschau.de/inland/meldung73738.html>, <http://www.beel.org/epass/epass-kapitel5-kritik.pdf> > S. 85, Abs. 2 und <http://www.heise.de/newsticker/Datenschuetzer-fordert-Garantien-fuer-biometrische-Merkmale-in-Paessen--/meldung/50373>). Es werden aber auch Abkommen zum Datenaustausch vorbereitet (siehe <http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/datenaustausch-mit-usa-gebilligt/>).

Die Telekommunikationsüberwachung (TÜ/TKÜ) umfasst neben dem Abhören von Telefongesprächen auch das Mitlesen von SMS, Faxen und Emails. Die rechtliche Grundlage hierfür bilden je nach Anlass und Ziel der Überwachung die Polizeigesetze der Länder, §100 der Strafprozessordnung, das G-10-Gesetz (Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes: Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses) oder der § 23 a des Zollfahndungsdienstgesetz (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Telekommunikations%C3%BCberwachung>).

Mit der Verabschiedung des neuen BKA-Gesetzes im November 2008 (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Bundestag-verabschiedet-BKA-Gesetz-mit-heimlichen-Online-Durchsuchungen--/meldung/118812> und <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,597652,00.html>), das zum 1. Januar diesen Jahres in Kraft trat, wurde der umstrittenen Onlinedurchsuchung, also dem verdeckten einmaligen Zugriff im Rahmen einer "Durchsicht" sowie einer längeren "Überwachung" von Informationssystemen auf privaten Computern durch staatliche Behörden, eine rechtliche Grundlage gegeben. Auch vorher wurde sie bereits praktiziert (siehe <http://www.taz.de/1/politik/schwerpunkt-ueberwachung/artikel/1/hausdurchsuchung-bei-der-piratenpartei/> und <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,464631,00.html>).

Im Rahmen des Kampfes gegen Geldwäsche und Terrorfinanzierung scannen Algorithmen sämtliche Kontenbewegungen rund um die Uhr. Es wird bei

Auffälligkeiten Alarm geschlagen, zum Beispiel, wenn für den Kunden untypische Transaktionen erfolgen. Eliot Spitzer, Gouverneur des Staates New York, fiel einer solchen Überwachungssoftware zum Opfer, die herausfand, dass er Geldzahlungen an einen Call-Girl-Ring vorgenommen hatte. Der Gouverneur musste zurücktreten (siehe <http://www.zeit.de/online/2008/11/spitzer>).

Zudem dürfen aufgrund des „Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit“, erlassen am 23.12.2003, die Kontenstammdaten von Bankkonten abgefragt werden (siehe <http://217.160.60.235/BGBL/bgb11f/bgb1103s2928.pdf>).

Bürger mit arabisch klingenden Namen sehen sich öfter als andere Belästigungen durch Behörden ausgesetzt. Besonders häufig kommt es zu Verwechslungen, weil die arabischen Namen auf ganz verschieden Art in die lateinische Schreibweise transkribiert werden können.

So wurde z. B. der deutsche Staatsbürger und gebürtige Syrer Majed Shehadeh am 28.12.2006 bei der Einreise in die USA zwei Tage lang ohne Angabe von Gründen festgehalten und verhört. Während dieser Zeit wurde ihm die Einnahme lebenswichtiger Herzmedikamente verweigert. Anschließend wurde ihm die Einreise verweigert – Shehadeh wurde ausgewiesen, obwohl seine Frau Amerikanerin ist und er seit knapp 30 Jahren ein Haus in den USA besitzt. Weder die Einwanderungsbehörde noch das FBI nahmen bislang zu dem Fall Stellung (siehe <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/75/44/dokument.html?titel=Wie+im+Roman&id=51804457&top=SPIEGEL&suchbegriff=majed+shehadeh&quellen=&qcrubrik=artikel> und <http://www.main-netz.de/nachrichten/politik/berichte/art4207,507814>).

Die TKÜ erlaubt den Behörden das Anhören von privaten Telefonaten..

Im März 1998 wurde den Behörden durch eine Ergänzung des Artikels 13 des Grundgesetzes der „Große Lauschangriff“, die akustische Wohnraumüberwachung zu Zwecken der Strafverfolgung, ermöglicht. Die im November 2008 verabschiedete Neufassung des BKA-Gesetzes (Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten) erweitert die Befugnisse, die nun u. a. Videoüberwachung und heimliches Betreten von Wohnungen umfassen (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/BKA-Gesetz> und <http://www.heise.de/newsticker/Bundestag-verabschiedet-BKA-Gesetz-mit-heimlichen-Online-Durchsuchungen--/meldung/118812>).

Videoüberwachungen sind Beobachtungen von Räumen mittels elektronisch-optischer Raumüberwachungsanlagen; sie werden sowohl von staatlichen als auch von privaten Stellen durchgeführt (siehe <https://www.datenschutzzentrum.de/video/>, <http://de.wikipedia.org/wiki/Video%C3%BCberwachung> und http://de.wikipedia.org/wiki/Closed_Circuit_Television). Die Videoüberwachung

öffentlich zugänglicher Räume wird durch das Bundesdatenschutzgesetz geregelt (siehe http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bdsg_1990/gesamt.pdf §6b).

Die deutsche Polizei testete im Mainzer Hauptbahnhof im Oktober 2006 Videüberwachung mit Erkennung biometrischer Merkmale, siehe <http://www.heise.de/newsticker/Foto-Fahndung-im-Mainzer-Hauptbahnhof--/meldung/79262> und <http://www.faz.net/s/Rub77CAECAE94D7431F9EACD163751D4CFD/Doc~E5DEB19A064904902B1058B0280937DBC~ATpl~Ecommon~Scontent.htmlb>. In den USA arbeiten Forscher an der Weiterentwicklung biometrischer Verfahren, die auch eine Verhaltensanalyse miteinschließt, siehe <http://www.buffalo.edu/news/8879> und <http://www.cubs.buffalo.edu/nystar.shtml>.

Siehe den erstaunlichen Fall von Robert Rivera: http://files.hanser.de/hanser/docs/20050302_2532164743-47_3-446-22980-9_Leseprobe.pdf

Über sogenannte IMSI-Catcher (International Mobile Subscriber Identity) ist es Strafverfolgungsbehörden technisch möglich, den Standort eines Mobiltelefons innerhalb einer Funkzelle einzugrenzen und Handytelefonate mitzuhören. Rechtsgrundlage hierfür ist der im August 2002 in Kraft getretene §100i der Strafprozeßordnung (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/IMSI-Catcher#Rechtsgrundlage> und http://bundesrecht.juris.de/stpo/_100i.html).

Es gibt Bestrebungen, Mautdaten für Fahndungszwecke zu verwenden (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Politiker-wollen-Eignung-von-LKW-Mautdaten-fuer-Fahndungszwecke-pruefen--/meldung/105079> ; <http://www.heise.de/ct/07/09/038/> und <http://www.sueddeutsche.de/automobil/116/435862/text/3/>).

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007 sammelte die Polizei präventiv Geruchsproben von G8-Gegnern (siehe <http://info.websozis.de/archiv/1942> und <http://www.netzeitung.de/deutschland/654811.html>). Zudem wurden Datensätze von mutmaßlichen Störern in die Anti-Terrordatei eingespeist (siehe <http://www.heise.de/ct/Von-der-Anti-Terror-Gesetzgebung-ueber-die-Anti-Terror-Datei-zum-Schaeuble-Katalog--/hintergrund/meldung/85995>).

Im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007 sammelte die Polizei präventiv Geruchsproben von G8-Gegnern (siehe <http://info.websozis.de/archiv/1942> und <http://www.netzeitung.de/deutschland/654811.html>). Zudem wurden Datensätze von mutmaßlichen Störern in die Anti-Terrordatei eingespeist (siehe <http://www.heise.de/ct/Von-der-Anti-Terror-Gesetzgebung-ueber-die-Anti-Terror-Datei-zum-Schaeuble-Katalog--/hintergrund/meldung/85995>).

Erstes Kapitel: Raus aus dem Topf

Englisches Original.: „*Those who would give up essential Liberty, to purchase a little temporary Safety, deserve neither Liberty nor Safety.*“) - Leonard W. Labaree (Hrsg.): „The Papers of Benjamin Franklin“, Vol. 6, April 1, 1755, through September 30, 1756, New Haven, Connecticut: Yale University Press, 1963, Titelblatt.

Eine für April 1983 geplante Volkszählung löste Massenproteste aus, weil die Menschen fürchteten, zu „Gläsernen Bürger“ gemacht zu werden. Am 13. April wurde die geplante Volkszählung vom Bundesverfassungsgericht per einstweiliger Verfügung gestoppt, im Dezember wurde das Volkszählungsgesetz ganz gekippt und dabei erstmals das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung als Ausfluss des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und der Menschenwürde anerkannt (siehe <http://www.tagesschau.de/inland/volkszaehlung108.html> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Volksz%C3%A4hlung#Vorgeschichte> und <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-106.html>).

Die Europäische Kommission arbeitet auf eine Einrichtung einer zentralen Datenbank für die Fingerabdrücke aller EU-Bürger hin (siehe http://www.focus.de/politik/ausland/eu_aid_267148.html; der Europäische Datenschutzbeauftragte kritisiert dies (siehe http://www.edps.europa.eu/EDPSWEB/webdav/site/mySite/shared/Documents/EDPS/PressNews/Press/2008/EDPS-2008-01_Border%20package_EN.pdf).

So erklärte das BVerfG im Februar 2008 die Vorschriften im Verfassungsschutzgesetz NRW zur Online-Durchsuchung für nichtig und schuf damit das neue „Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“. Im März erklärte es die hessischen und schleswig-holsteinischen Vorschriften zur automatisierten Erfassung von Kfz-Kennzeichen für nichtig, im März schränkte es die Vorratsdatenspeicherung ein. Im Februar 2006 erklärte es die Abschussermächtigung im Luftsicherheitsgesetz und im Juli 2005 das Europäische Haftbefehlsgesetz für nichtig. Ebenfalls interessant hinsichtlich ihrer Grundrecht-schützenden Dimension sind die Urteile zur „Gefahr im Verzug“ vom Februar 2001, zur Telefonüberwachung bei Journalisten vom März 2003, zum „Großen Lauschangriff“ vom März 2004 sowie zur polizeilichen Überwachung mittels GPS vom April 2005 (die Verfassungsbeschwerde wurde zwar zurückgewiesen, jedoch verlangte das BVerfG „von Strafgesetzgeber und Ermittlungsbehörden sichernde Maßnahmen gegenüber informationstechnischen Entwicklungen“). Anfang 2009 erklärte das BVerfG die Vorschriften des Bayrischen Versammlungsgesetzes, die Demonstrations- und Meinungsfreiheit einschränken, für nicht anwendbar (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 28.2./1.3. 2009). - Michael Bäuerle schreibt dazu auf www.das-parlament.de: „Die Zahl der polizeilich relevanten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und der Verfassungsgerichte der Länder ist in den letzten Jahren merklich angestiegen. So haben etwa die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zum Begriff der Gefahr im Verzug, zum Abhören von Journalistentelefonen, zum Großen Lauschangriff, zum Einsatz von GPS im Ermittlungsverfahren, zur Rasterfahndung, zu präventiven Telefonüberwachung und zur

automatischen Kennzeichenüberwachung verdeutlicht, dass Gesetzgeber, Justiz und Polizei auch in Zeiten großer Herausforderungen beim Schutz der inneren Sicherheit verfassungsrechtliche Grenzen wahren müssen.“ (siehe <http://www.das-parlament.de/2008/48/Beilage/003.html#42>). - Zu den Urteilen im Einzelnen: Zum NRW-Gesetz siehe <http://www.heise.de/ct/08/07/051/>, http://www.bfdi.bund.de/cln_027/nn_533554/DE/Home/homepage_Kurzmeldungen2008/PM07_OnlineDurchsuch.html und <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-022.html>. Zu den Kfz-Kennzeichen siehe <http://www.heise.de/newsticker/Verfassungsgericht-stemmt-sich-gegen-den-glaesernen-Autofahrer--/meldung/104853>, <http://www.sueddeutsche.de/politik/64/435810/text/> und <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-027.html>. Zur Vorratsdatenspeicherung siehe <http://www.heise.de/newsticker/Bundesverfassungsgericht-schraenkt-Vorratsdatenspeicherung-ein--/meldung/105284> und <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-092.html>. Zur Abschussermächtigung siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22046/1.html> und <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg06-011.html>. - Zum Europäischen Haftbefehlgesetz siehe http://www.recht-topaktuell.de/EU-Haftbefehl_Fernmeldegeheimnis-Abhoergesetz.htm und <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg05-064.html>. - Zur „Gefahr im Verzug“ siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg24-01.html>. Zur Telefonüberwachung bei Journalisten siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg20-03.html>. Zum „Großen Lauschangriff“ siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg04-022.html>. Und zur Überwachung mittels GPS siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg05-031.html> <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg05-031.html>.

Das Gesetz wurde am 23. März beschlossen und am 24. März verkündet. Hitler verfolgte damit folgende Ziele: Ausschaltung des Parlaments, De-facto-Außerkraftsetzung der Verfassung, Wahrung des Scheins der Legalität. (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Erm%C3%A4chtigungsgesetz>).

Zweites Kapitel: Der lange Weg zum Grundrecht

Englisches Original: „Progress is the realisation of Utopias.“ Im Essay „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“ (siehe http://www.besuche-oscar-wilde.de/werke/deutsch/essays/die_seele_des.htm).

Zur Erinnerung an die Knechtschaft der Juden in Ägypten und den Auszug aus Ägypten feiern gläubige Juden im Frühjahr Pessach, das eines der höchsten Feiertage des jüdischen Kalenders und ein Fest der Freiheit sowohl des Einzelnen als auch des jüdischen Volkes ist (siehe <http://www.israswiss.ch/shalom/lechaim/50457395c51083609/03c1989a8411d7f03.h>

http://www.de.chabad.org/library/article_cdo/aid/723298/jewish/Individuelle-Freiheit.htm, <http://www.hagalil.com/kinder/kidz/haschanah/pessach-1.htm>).

Das Christentum sieht Freiheit vor allem als Wahlfreiheit, auch zum moralisch schlechten Verhalten, weswegen sie direkt an die Erbsünde und die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen gekoppelt ist, die letztlich erst im Jenseits möglich wird (siehe <http://www.xn--schpfung-p4a.com/jenseitsvorstellungen/christentum.html>), während der Mensch während seines irdischen Lebens vor allem innere Freiheit gewinnen kann (siehe http://www.clauseninfo.de/pdf/bibel-ueberblick_jpc.pdf S. 92, Z. 22/23).

So lebten und leben auch heute noch z. B. die Völker der San in Afrika (siehe [http://de.wikipedia.org/wiki/San_\(Volk\)#Gesellschaftsordnung](http://de.wikipedia.org/wiki/San_(Volk)#Gesellschaftsordnung)) und verschiedene Stämme der Aborigines in Australien (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Aborigines>) in egalitären Gesellschaften; in Afrika gibt es diverse akephale Gesellschaften, z. B. die Logoli und die Somba (siehe http://www.matrei.ruso.at/dokumente/03_hierarchien_zwernemann.pdf).

Eine durch Terenz überlieferte Sentenz (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Quod_licet_Iovi,_non_licet_bovi)

Römischer Senator und Autor (um 14 – 66 n. Chr.), der seiner Verurteilung durch Kaiser Nero wegen seiner angeblichen Verwicklung in eine Verschwörung durch den Freitod zuvorkam (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Titus_Petronius#Leben).

Römischer Philosoph und Staatsmann (um 1 v. Chr. – 65 n. Chr.), dem Kaiser Nero wegen seiner angeblichen Verwicklung in eine Verschwörung die Selbsttötung befahl (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Seneca#Todeserwartung_auf_stoische>Weise).

Englischer Staatsmann und Autor (1478 – 1535), der auf Betreiben Heinrichs VIII. zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, weil er sich weigerte, einen zweifelhaften Eid zu leisten (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Morus#Prozess_und_Hinrichtung).

Englischer Seefahrer, Entdecker, Schriftsteller und Günstling von Königin Elizabeth I. (1552 oder 1554 – 1618), der wegen des Vorwurfs der Konspiration mit Spanien auf Betreiben König Jakobs I. zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Walter_Raleigh).

Der regierende König Johann Ohneland (1167–1216), der seinem verstorbenen Bruder Richard Löwenherz auf den Thron gefolgt war, trieb zur Ermöglichung seiner Feldzüge gegen Frankreich rücksichtslos Abgaben und Personal ein, was zur Rebellion der Barone führte (siehe http://www.mittelalter-genealogie.de/kreuzzuege/j/johann_ohneland_koenig_von_england_1216/johann_ohneland_koenig_von_england_+_1216.html).

Englisches Original „No freemen shall be taken or imprisoned or disseised or exiled or in any way destroyed, nor will we go upon him nor send upon him, except by the lawful judgment of his peers or by the law of the land.“ (siehe <http://avalon.law.yale.edu/medieval/magframe.asp>).

„Habeas corpus“ war ursprünglich der Beginn eines Befehls an die Ausführenden königlicher Haftbefehle im mittelalterlichen England. Später kehrte sich die Bedeutung des Begriffs in ihr Gegenteil; beginnend mit dem erwähnten englischen Gesetz von 1769 bezeichnet er heute zumeist die Einschränkung des Rechts zur Ausstellung solcher Haftbefehle (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Habeas_corpus).

Franz Kafka, Der Prozess, Erstes Kapitel, erster Satz (siehe <http://www.zeno.org/Literatur/M/Kafka,+Franz/Romane/Der+Proze%C3%9F/Erstes+Kapitel>)

Der Artikel 7 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte: „Niemand darf angeklagt, verhaftet oder gefangengehalten werden, es sei denn in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und nur in den von ihm vorgeschriebenen Formen. Wer willkürliche Anordnungen verlangt, erlässt, ausführt oder ausführen lässt, muß bestraft werden; aber jeder Bürger, der kraft Gesetzes vorgeladen oder festgenommen wird, muß sofort gehorchen; durch Widerstand macht er sich strafbar.“ (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Erkl%C3%A4rung_der_Menschen-und_B%C3%BCrgerrechte#Artikel_7).

Amendment V der Bill of Rights vom 25. September 1789: „No person shall be held to answer for a capital, or otherwise infamous crime, unless on a presentment or indictment of a Grand Jury, except in cases arising in the land or naval forces, or in the Militia, when in actual service in time of War or public danger; nor shall any person be subject for the same offence to be twice put in jeopardy of life or limb; nor shall be compelled in any criminal case to be a witness against himself, nor be deprived of life, liberty, or property, without due process of law; nor shall private property be taken for public use, without just compensation.“ (siehe http://www.archives.gov/exhibits/charters/bill_of_rights_transcript.html).

Erste Absätze des Artikel 5 – Recht auf Freiheit und Sicherheit: „Jede Person hat das Recht auf Freiheit und Sicherheit. Die Freiheit darf nur in den folgenden Fällen und nur auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise entzogen werden: a) rechtmäßiger Freiheitsentzug nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht; b) rechtmäßige Festnahme oder rechtmäßiger Freiheitsentzug wegen Nichtbefolgung einer rechtmäßigen gerichtlichen Anordnung oder zur Erzwingung der Erfüllung einer gesetzlichen Verpflichtung; c) rechtmäßige Festnahme oder rechtmäßiger Freiheitsentzug zur Vorführung vor die zuständige Gerichtsbehörde, wenn hinreichender Verdacht besteht, daß die betreffende Person eine Straftat begangen hat, oder wenn begründeter Anlaß zu der Annahme besteht, daß es notwendig ist, sie an der Begehung einer Straftat oder an der Flucht nach Begehung einer solchen zu hindern; [...]“ (siehe <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/005.htm>).

Der Artikel 104 des deutschen Grundgesetzes: „(1) Die Freiheit der Person kann nur auf Grund eines förmlichen Gesetzes und nur unter Beachtung der darin vorgeschriebenen Formen beschränkt werden. Festgehaltene Personen dürfen weder seelisch noch körperlich mißhandelt werden. (2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln. (3) Jeder wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig Festgenommene ist spätestens am Tage nach der Festnahme dem Richter vorzuführen, der ihm die Gründe der Festnahme mitzuteilen, ihn zu vernehmen und ihm Gelegenheit zu Einwendungen zu geben hat. Der Richter hat unverzüglich entweder einen mit Gründen versehenen schriftlichen Haftbefehl zu erlassen oder die Freilassung anzuordnen. (4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.“ (siehe [http://de.wikisource.org/wiki/Grundgesetz_der_Bundesrepublik_Deutschland_\(Stand_2006\)#Artikel_104](http://de.wikisource.org/wiki/Grundgesetz_der_Bundesrepublik_Deutschland_(Stand_2006)#Artikel_104)).

Der Artikel 9 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.“ (siehe http://de.wikisource.org/wiki/Allgemeine_Erklärung_der_Menschenrechte).

Das Exemplar war über 700 Jahre alt, laut dem versteigernden Auktionshaus Sotheby's eines von nur 20 erhaltenen und das einzige in privatem Besitz. Käufer war der US-amerikanische Anwalt David Rubenstein, ein ehemaliger Berater von Jimmy Carter (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Magna_Carta und <http://diepresse.com/home/kultur/news/349822/index.do>).

Er tat dies durch den Erlass eines Gesetzes namens „Military Commissions Act“, das am 28.9.2006 vom US-Kongress verabschiedet und am 17.10.2006 nach der Unterzeichnung durch Bush in Kraft trat (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Military_Commissions_Act).

„Ein Federzug von dieser Hand, und neu Erschaffen wird die Erde. Geben Sie Gedankenfreiheit.“ Aus: Friedrich Schiller, Don Karlos, Infant von Spanien, III, 10 (siehe http://gutenberg.spiegel.de/?id=5&xid=2402&kapitel=16&cHash=c28f0cbd39carlos3a#gb_found).

Ein Abriß der Geschichte des Briefgeheimnisses in Deutschland und Frankreich findet sich hier: <http://de.wikipedia.org/wiki/Briefgeheimnis#Geschichte>.

Er veröffentlichte das Lied 1842 in der Sammlung „Schlesische Volkslieder“ (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Gedanken_sind_frei).

Dies bezieht sich auf die sprichwörtliche Umsetzung des englischen Grundrechts aus dem 17. Jahrhundert, das besagte, daß Beamte nicht willkürlich und ohne richterliche Erlaubnis in Privatwohnungen eindringen dürfen: „My house is my castle“ (siehe <http://www.wissen.de/wde/generator/wissen/ressorts/geschichte/zeitgeschehen/index.page=1196278.html> und <http://lexikon.meyers.de/wissen/My+house+is+my+castle>).

Emails bieten keinen Leseschutz, fast alle Browser haben Sicherheitslücken (siehe <http://www.sueddeutsche.de/computer/20/320889/text/> und <http://www.heise.de/ct/97/05/060/>).

Später sollen die Daten in eine Sammeldatei überführt werden (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Bericht-Britische-Regierung-will-E-Mail-Verkehr-und-Webzugriffe-in-Black-Boxes-aufzeichnen--/meldung/118506>).

Englisches Original: „In some such insidious form there is at present a strong tendency to this narrow theory of life, and to the pinched and hidebound type of human character which it patronizes. Many persons, no doubt, sincerely think that human beings thus cramped and dwarfed, are as their Maker designed them to be; just as many have thought that trees are a much finer thing when clipped into pollards, or cut out into figures of animals, than as nature made them.“ Im Essay „On Liberty“, Chapter III, Abschnitt 8, Zeile 3 (siehe <http://www.bartleby.com/130/3.html>). Deutsche Übersetzung in Isaiah Berlin, Zwei Freiheitsbegriffe, S. 137, Z. 40/41, in: Julian Nida-Rümelin, Wilhelm Vossenkuhl (Hrsg.), Ethische und Politische Freiheit (siehe http://books.google.de/books?id=i98p_DU_GgoC&pg=PA137&lpg=PA137&dq=Nida-R%C3%BCmelin+Mill+%22beschr%C3%A4nkte+und+bornierte,+verkrampfte+und+verkr%C3%BCmmte+Menschen+%22&source=web&ots=RuO1uFtFjT&sig=z8GD7OxIWkajIgTNvb0YTIIdMruQ&hl=de&ei=imucSYf7DI7m0AWW8eDeBO&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result).

Englisches Original: „All errors which he is likely to commit against advice and warning, are far outweighed by the evil of allowing others to constrain him to what they deem his good.“ Im Essay „On Liberty“, Chapter IV, Abschnitt 4, Zeile 32 (siehe <http://www.bartleby.com/130/4.html>).

Englisches Original: „Those whose opinions go by the name of public opinion, are not always the same sort of public: in America they are the whole white population; in England, chiefly the middle class. But they are always a mass, that is to say, collective mediocrity.“ Im Essay „On Liberty“, Chapter III, Abschnitt 13, Zeile 12 (siehe <http://www.bartleby.com/130/3.html>).

Zur Bedeutung der Sprache schreibt Martin Haase in seinem Essay „Neusprech im Überwachungsstaat“: „Solche [freiheitseinschränkenden] Maßnahmen sind der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daher müssen Politiker, die sich für sie einsetzen, zu außergewöhnlichen sprachlichen und rhetorischen Mitteln greifen, um die negativen Auswirkungen solcher Gesetze zu verschleiern oder klein zu reden und ihnen positive Seiten abzugewinnen.“ (siehe http://events.ccc.de/congress/2008/Fahrplan/attachments/1193_Neusprech-Paper.pdf). Siehe zudem eine Sammlung „sprachlicher Verneblungen“ von freiheitseinschränkenden Maßnahmen unter <http://www.zeit.de/online/2009/04/neusprech-schaeuble-lexikon>.

Der Gipfel in Lissabon, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs auf den endgültigen Text des Lissaboner Vertrages einigten (unterschrieben wurde er erst am 13. Dezember 2007), fand am 18. und 19. Oktober 2007 statt; die Presse berichtete ausführlich darüber (siehe z. B. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,512312,00.html> und <http://www.sueddeutsche.de/politik/189/421950/text/>). Kurz davor bzw. danach legte der Europäische Justizkommissar Franco Frattini Vorschläge zur Schaffung einer Zentraldatei sowie zur Speicherung von Flugpassagierdaten vor (siehe <http://www.heise.de/newsticker/EU-Justizkommissar-hat-neue-Vorschlaege-gegen-Terrorismus-und-illegale-Einwanderung--/meldung/96690>, <http://futurezone.orf.at/stories/224986/>, <http://www.heise.de/newsticker/Ist-das-heute-die-Geburtsstunde-von-Big-Brother-EU--/meldung/96826> und <http://www.heise.de/newsticker/EU-Staaten-sollen-Flugpassagierdaten-13-Jahre-lang-speichern--/meldung/98459>).

siehe <http://www.volkszertreter.de/2008/03/28/n-tvde-fingerabdrucke-der-eu-burger-brussel-plant-datenbank/>

Das Bundesverfassungsgerichts zur Folgewirkung von Grundrechtseingriffen hinsichtlich Sicherheitsmaßnahmen für die Demokratie: „Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder einer Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Artikel 8, 9 GG) verzichten.“ (BVerfGE Bd. 65,43; aus: Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A.Brodocz, M. Llanque, G.Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWtXZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokratie++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 164 Mitte).

Drittes Kapitel: Von jenen, die auszogen, das Fürchten zu lehren

siehe http://gewaltueberwinden.org/fileadmin/dov/files/wcc_resources/dov_documents/WME_Summary_g.pdf

siehe <http://www.taz.de/1/politik/europa/artikel/1/osteuropa-ruestet-massiv-auf/>

siehe http://gewaltueberwinden.org/fileadmin/dov/files/wcc_resources/dov_documents/WME_Summary_g.pdf

siehe <http://www.dw-world.de/dw/article/0,2144,3398505,00.html>

In seinem Werk „Leviathan“ von 1651 legte Hobbes dar, daß der Staat zu seiner Konstitution, die zur Befriedung des kriegerischen Naturzustandes zwischen den Menschen notwendig sei, den Terror als Zwangsmittel verwenden dürfe (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsterror> und [http://de.wikipedia.org/wiki/Leviathan_\(Thomas_Hobbes\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Leviathan_(Thomas_Hobbes))).

Während der Französischen Revolution wurde Terror als legitime Methode der Herrschaftsausübung betrachtet (siehe <http://www.lsg.musin.de/geschichte/!daten-gesch/20jh/terrorismus.htm>).

Dem Massenterror während der stalinistischen „Säuberungen“ fielen Millionen von Menschen zum Opfer (siehe http://www.doew.at/thema/thema_alt/exil/su/terror.html).

In den Nürnberger Prozessen wurde die SS als Hauptinstrument des politischen Terrors während der Nazizeit bezeichnet (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Schutzstaffel>).

Unter „Terrorismus“ werden dabei Personen und Gruppierungen zusammengefasst, die mit Gewalt politische Ordnungen verändern wollen (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Terrorismus>).

„Now, what is victory? I say that victory is persuading the American people and the rest of the world that this is not a quick matter that's going to be over in a month or a year or even five years. It is something that we need to do so that we can continue to live in a world with powerful weapons and with people who are willing to use those powerful weapons. And we can do that as a country. And that would be a victory, in my view.“ Donald Rumsfeld am 20.09.2001 im Department of Defense News Briefing als Teil seiner Antwort auf die Frage eines Journalisten, was unter den gegenwärtigen Umständen als Sieg zu bezeichnen wäre (siehe <http://www.defenselink.mil/transcripts/transcript.aspx?transcriptid=1901>).

Titel des bekanntesten Werkes und gleichzeitig Name einer Theorie des amerikanischen Politikwissenschaftlers Samuel P. Huntington (1927-2008), die er 1992 erstmals in einer Vorlesung, 1993 dann in einem Artikel in der Zeitschrift Foreign Affairs vorstellte und 1996 als Buch veröffentlichte. Sie besagt, daß die kulturellen und

religiösen Identitäten der Menschen zur Hauptkonfliktquelle in der Zeit nach dem Kalten Krieg sein werden (siehe <http://history.club.fatih.edu.tr/103%20Huntington%20Clash%20of%20Civilizations%20full%20text.htm> und http://en.wikipedia.org/wiki/Clash_of_Civilizations). Sie war und ist extrem einflussreich in der politischen Diskussion (siehe http://www.zeit.de/1996/50/Auf_der_Suche_nach_dem_neuen_Feind und http://www.cicero.de/97.php?ress_id=1&item=1305).

Hierbei handelt es sich um eine ungenaue Übersetzung, da das englische „clash“ eigentlich „Zusammenprall“ bedeutet (siehe z. B. <http://www.welt.de/politik/article2938215/Politologe-Samuel-P-Huntington-gestorben.html>).

Bei den Sicherheitskontrollen müssen Passagiere häufig auch Gürtel und Schuhe ausziehen und überprüfen lassen (siehe <http://www.sueddeutsche.de/politik/194/315087/text/> und http://www.welt.de/wams_print/article952355/Perfekt_durch_die_Kontrolle_am_Flu_ghafen.html). Die Kontrolle des Schuhwerks ist gängiges Procedere, seit der Brite Richard Reid im Dezember 2001 versucht hatte, eine Maschine der American Airlines mit Sprengstoff in den Schuhsohlen in die Luft zu sprengen (siehe <http://sz-magazin.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/782> und <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,224462,00.html>).

Passagiere mit fremdländischem Äußeren und Namen werden an europäischen und amerikanischen Flughäfen oft besonders intensiven Kontrollen unterzogen (siehe <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,586023,00.html>, <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,599594,00.html> und <http://www.toomuchcookies.net/archives/656/muslima-im-flughafen-beleidigt-und-geschlagen.htm>). Der deutsche Staatsbürger und gebürtige Syrer Majed Shehadeh, wurde am 28.12.2006 bei der Einreise in die USA zwei Tage lang ohne Angabe von Gründen festgehalten und verhört. Während dieser Zeit wurde ihm die Einnahme lebenswichtiger Herzmedikamente verweigert. Anschließend wurde ihm die Einreise verweigert, obwohl seine Frau Amerikanerin ist und er seit knapp 30 Jahren ein Haus in den USA besitzt. Weder die Einwanderungsbehörde noch das FBI nahmen bislang zu dem Fall Stellung. <http://www.main-netz.de/nachrichten/politik/berichte/art4207,507814>

Seit Verabschiedung der Verordnung (EG) Nr. 68/2004 am 01. Februar 2004 durch die Europäische Kommission dürfen Fluggäste neben anderen gewöhnlichen Gebrauchsgegenständen und Flüssigkeiten auch Nagelscheren und andere spitze Gegenstände nicht mehr in ihrem Handgepäck transportieren (siehe http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_165104/Internet/Content/Themen/Terrorismus/DatenundFakten/Verbotene_Gegenstaende_bei_Flugreisen_Id_94258_de.htm l). Die konfiszierten Gegenstände werden gesammelt und vernichtet (siehe <http://www.sueddeutsche.de/reise/27/414795/text/> und http://www.sncweb.ch/interviews/andreas.hatt_de.htm).

siehe <http://www.heise.de/newsticker/Zehntausende-Flugpassagiere-faelschlicherweise-Terrorverdaechtigte-gelistet-/-/meldung/67083> und <http://www.sueddeutsche.de/politik/736/357563/text/>

Der erstmals vom Politikwissenschaftler Bassam Tibi in seinem aus dem Jahr 1998 stammenden Werk „Europa ohne Identität“ verwendete Begriff der „europäischen Leitkultur“ zur Beschreibung eines gesellschaftlichen Wertekonsenses (siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/standpunkt-deutschland-braucht-eine-leitkultur_aid_184384.html) und der im selben Jahr von Zeit-Herausgeber Theo Sommer zum Anstoß einer Diskussion über Integration verwendete Begriff einer „deutschen Leitkultur“ (siehe http://www.zeit.de/1998/30/199830.auslaender_.xml?page=3) wurde immer wieder von Politikern aufgegriffen, oftmals in anderer Betonung (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Leitkultur>). Aktuell hat sich die Debatte über die Notwendigkeit einer solchen Leitkultur an mehreren Themen neu entzündet (siehe http://www.welt.de/welt_print/article3143881/Leitkultur-braucht-Religion.html, <http://www.spiegel.de/politik/debatte/0,1518,603609,00.html> und http://www.presseportal.de/pm/30621/1342612/rheinische_post).

Der sogenannte „Kopftuchstreit“ entzündete sich 1998 daran, daß das Bundesland Baden-Württemberg der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin die Einstellung in den Schuldienst verweigerte, weil sie im Unterricht ihr Kopftuch nicht ablegen wollte (siehe <http://www.uni-protokolle.de/nachrichten/id/43347/>). 2003 entschied das Bundesverfassungsgericht, ohne besondere Rechtsgrundlage könne einer Lehrerin ihr Kopftuch nicht untersagt werden, und wies die Bundesländer an, entsprechende Gesetze zu schaffen (siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg71-03.html>). Die Diskussion wird seitdem unvermindert heftig geführt (siehe <http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/1933783> und http://www.bpb.de/themen/NNAABC,0,0,Konfliktstoff_Kopftuch.html).

In seinen Entscheidungen zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bezeichnet das Bundesverfassungsgericht das politische System der BRD als „wehrhafte Demokratie“ (siehe <http://www.extremismus.com/texte/ext1.pdf> "<http://www.extremismus.com/texte/ext1.pdf>" <http://www.extremismus.com/texte/ext1.pdf>). In aktuellen Diskussionen, z. B. um die Onlinedurchsuchung, wird dieser Begriff oft als Argument für die Verschärfung von Bestimmungen herangezogen (siehe http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_662956/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2008/10/BM_Adenauer_Stiftung.html und <http://www.heise.de/newsticker/Innenminister-streiten-ueber-heimliche-Online-Durchsuchungen-/-/meldung/100070>).

In Zusammenhang mit seinen Plänen zur Onlinedurchsuchung sagte er im Gespräch mit der FAS: „Viele Fachleute sind inzwischen überzeugt, daß es nur noch darum geht, wann solch ein Anschlag kommt, nicht mehr, ob.“ siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,505956,00.html>, und

<http://www.zeit.de/online/2007/38/schaeuble-onlinedurchsuchung-nuklearanschlag?page=2>).

Die Kriminalität in Deutschland ist seit Jahren rückläufig (siehe Übersicht auf Seite 3 des Kurzberichts der polizeilichen Kriminalitätsstatistik für 2007 http://www.bka.de/pks/pks2007/download/pks2007_imk_kurzbericht.pdf, http://www.focus.de/politik/diverses/kriminalitaet-zahl-der-straftaten-erstmal-wieder-unter-sechs-millionen_aid_302053.html).

siehe <http://www.rechtswoerterbuch.de/recht/d/drohung/>

Jährlich gibt es in Deutschland über 15.000 Grippeopfer (siehe <http://www.abendblatt.de/daten/2002/09/05/65737.html>, http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/dboowasys921.xwdevkit/xwd_init?gbe.isgbetol/xs_start_neu/317625840/2689662 und http://www.stern.de/wissenschaft/gesund_leben/aktuell/306336.html?eid=501598) und etwa 5.000 Verkehrstote (siehe http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/02/PD08__071__46241_templateId=renderPrint_psm1 und http://www.welt.de/motor/article1497147/So_wenig_Verkehrstote_wie_noch_nie.html). Für weitere Beispiele für die im Vergleich zu der bei anderen Todesarten geringe Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Terroranschlags zu werden, siehe <http://de.truveo.com/QuarkCo-reales-Risiko-eines-Terroranschlags/id/1657364559> ab 1:08. Für einen Überblick über Todesursachen in Deutschland im Jahr 2007 siehe <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/240/umfrage/verteilung-der-sterbefaelle-nach-todesursachen/>.

Mit diesem danach von der US-Regierung unter George W. Bush als Legitimation für den „War on Terror“ herangezogenen Begriff bezeichnete der ehemalige Präsident in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002 Regierungen, die er beschuldigte, den Terrorismus zu unterstützen und den Besitz von Massenvernichtungswaffen anzustreben; namentlich erwähnte er Iran, Irak und Nordkorea (siehe <http://archives.cnn.com/2002/ALLPOLITICS/01/29/bush.speech.txt/>). Wörtlich sagte Bush: „Our second goal is to prevent regimes that sponsor terror from threatening America or our friends and allies with weapons of mass destruction. Some of these regimes have been pretty quiet since September 11, but we know their true nature. [...] States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world. By seeking weapons of mass destruction, these regimes pose a grave and growing danger. They could provide these arms to terrorists, giving them the means to match their hatred. They could attack our allies or attempt to blackmail the United States. In any of these cases, the price of indifference would be catastrophic.“ Seither wurden Bushs Auflistung weitere Länder hinzugefügt (siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Axis_of_evil#Development).

siehe

<http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~ED9E66A>

[E2EE0D454391FFE4C3075D88D7~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.heise.de/tp/r4/artikel/11/11353/1.html) und
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/11/11353/1.html>

siehe http://www.welt.de/welt_print/article2813792/Mit-besten-Empfehlungen-zu-al-Qaida.html,
<http://www.n-tv.de/1041848.html> und
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,606189,00.html>

Z. B. begann im Dezember 2008 der Prozess gegen einen deutschen Staatsbürger pakistanischer Herkunft, dem u. a. zur Last gelegt wird, zwischen April 2005 und Juni 2007 vier Mal in das pakistanisch-afghanische Grenzgebiet gereist zu sein und dabei insgesamt 27.000 Euro sowie Ferngläser, Funk- und Nachtsichtgeräte an „Al Kaida“-Verantwortliche übergeben zu haben (siehe http://www.welt.de/welt_print/article2813792/Mit-besten-Empfehlungen-zu-al-Qaida.html; für weitere Beispiele siehe <http://www.n-tv.de/1041848.html> und <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,606189,00.html>).

Bauanleitungen für Bomben finden sich im Internet zuhauf (siehe http://www.welt.de/politik/article1648331/Al_Qaida_lehrt_im_Internet_Bombenbau_auf_Deutsch.html und <http://www.webnews.de/kommentare/134006/0/Der-Dschihad-ist-online-Wie-sich-die-Al-Qaida-ueber-das-Internet-ausbreitet.html>).

siehe <http://www.sueddeutsche.de/politik/784/353615/text/>

So wurden RAF-Terroristen wie Peter-Jürgen Boock (siehe <http://www.rafinfo.de/bio/a-f/boock.php>), Susanne Albrecht (<http://www.rafinfo.de/bio/a-f/albrecht.php?search=Jemen>) und Verena Becker in Palästinensercamps im Jemen ausgebildet (siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/raf/recht-die-raf-am-druecker_aid_222957.html).

Seit 2002 beteiligt sich Deutschland am ISAF-Einsatz in Afghanistan. Seither tauchen immer wieder Drohungen hinsichtlich Terroranschlägen in Deutschland auf, um die Regierung zum Abzug der Truppen zu bewegen (siehe z. B. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,604691,00.html> und <http://www.sueddeutsche.de/politik/327/396114/text/>).

Je nach Begriffsdefinition lassen sich bis hin zur Antike für frühere Epochen und Gesellschaften Belege für terroristische Gruppierungen und Aktionen finden (siehe <http://www.ask1.org/redaktion-64.html>).

Die Mehrzahl der weltweit etwa 1,4 Milliarden Muslime verurteilt terroristische Anschläge (siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,184650,00.html>, <http://www.islam.de/3216.php>, http://www.kas.de/proj/home/pub/76/1/-/dokument_id-14721/index.html; außerdem in diesem Zusammenhang interessant: die zehn Thesen des Autors Jürgen Todenhöfer zum Islam (siehe <http://www.warumtoetestduzaid.de/de/mainmenu/10-thesen/alle-zehn-thesen/these1.html>).

Der MCA definiert einen „feindlichen Kombattanten“ wie folgt: “(1) UNLAWFUL ENEMY COMBATANT.—(A) The term ‘unlawful enemy combatant’ means— “(i) a person who has engaged in hostilities or who has purposefully and materially supported hostilities against the United States or its co-belligerents who is not a lawful enemy combatant (including a person who is part of the Taliban, al Qaeda, or associated forces); or “(ii) a person who, before, on, or after the date of the enactment of the Military Commissions Act of 2006, has been determined to be an unlawful enemy combatant by a Combatant Status Review Tribunal or another competent tribunal established under the authority of the President or the Secretary of Defense. “(B) CO-BELLIGERENT.—In this paragraph, the term ‘co-belligerent’, with respect to the United States, means any State or armed force joining and directly engaged with the United States in hostilities or directly supporting hostilities against a common enemy. (2) LAWFUL ENEMY COMBATANT.—The term ‘lawful enemy combatant’ means a person who is—“(A) a member of the regular forces of a State party engaged in hostilities against the United States; (B) a member of a militia, volunteer corps, or organized resistance movement belonging to a State party engaged in such hostilities, which are under responsible command, wear a fixed distinctive sign recognizable at a distance, carry their arms openly, and abide by the law of war; or (C) a member of a regular armed force who professes allegiance to a government engaged in such hostilities, but not recognized by the United States. “(3) ALIEN.—The term ‘alien’ means a person who is not a citizen of the United States.” (siehe http://www.loc.gov/rr/frd/Military_Law/pdf/PL-109-366.pdf).

siehe <http://www.zcommunications.org/zspace/commentaries/3793>

Unter einem „asymmetrischen Krieg“ versteht man seit dem Ende des Kalten Krieges militärische Auseinandersetzungen zwischen Parteien, die starke Unterschiede bezüglich Ausrüstung und Strategie aufweisen (siehe [http://www.bpb.de/themen/GMQL0X,0,Das_ver%
%E4nderte_Gesicht_innerstaatlicher_Konflikte:_Neue_Kriege_Gewalt_%
%F6konomien_und_Terrorismus_.html](http://www.bpb.de/themen/GMQL0X,0,Das_ver%E4nderte_Gesicht_innerstaatlicher_Konflikte:_Neue_Kriege_Gewalt_%F6konomien_und_Terrorismus_.html), <http://www.humboldt-forum-recht.de/media/Druckansicht/pdf/2008-17.pdf> > Abschnitt 44ff und [http://de.wikipedia.org/wiki/Asymmetrische_Kriegs%C3%
BChrung](http://de.wikipedia.org/wiki/Asymmetrische_Kriegs%C3%BChrung)).

siehe [http://www.heise.de/newsticker/Gruene-wollen-Breitband-fuer-alle-aber-keinen-
praeventiven-Ueberwachungsstaat--/meldung/99542](http://www.heise.de/newsticker/Gruene-wollen-Breitband-fuer-alle-aber-keinen-praeventiven-Ueberwachungsstaat--/meldung/99542), [http://files.institut-fuer-
menschenrechte.de/488/d83_v1_file_48c505395089f_essay_gefahrenabwehr_im_de-
mokratischen_rechtsstaat.pdf](http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d83_v1_file_48c505395089f_essay_gefahrenabwehr_im_de-mokratischen_rechtsstaat.pdf) > Abschnitt 5 „Feindrecht?“, <http://www.sueddeutsche.de/politik/45/400827/text/> und [http://www.taz.de/index.php?id=digitaz-
artikel&ressort=pb&dig=2007/10/06/a0023&no_cache=1&src=GI](http://www.taz.de/index.php?id=digitaz-artikel&ressort=pb&dig=2007/10/06/a0023&no_cache=1&src=GI)

Der Begriff wurde erstmals vom Hamburger Strafrechtsprofessor Reinhard Merkel in der Diskussion um die Behandlung des Kindesentführers Magnus Gäfgen durch den Vizepräsidenten der Frankfurter Polizei Wolfgang Daschner verwendet (siehe [http://
www.dw-world.de/dw/article/0,,1433988,00.html?maca=de-rss-reader-themen-369-
rdf](http://www.dw-world.de/dw/article/0,,1433988,00.html?maca=de-rss-reader-themen-369-rdf)). Seitdem diskutieren Juristen über mögliche Grenzen des Folterverbots (siehe z.

B. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/18/18830/1.html>,
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25959/1.html>,
<http://www.gene.ch/genpost/2005/Jan-Jun/msg00250.html>, http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d62_v1_file_46122666028bc_IUS-028_E_Folter_RZ_WWW_ES.pdf und
<http://www.proasyl.de/texte/mappe/2004/91/16.pdf>).

Viertes Kapitel: Sind Sie sicher?

In „Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit“, Einleitung, Anmerkung 2, S. 464, München 1952 und 1982

Dieser Satz wird abwechselnd Joachim Ringelwitz (siehe <http://www.zitate-online.de/literaturzitate/allgemein/1547/sicher-ist-dass-nichts-sicher-ist-selbst-das-nicht.html> und <http://nature.net/zitate/zitat/4769>) und Karl Valentin zugeschrieben (siehe http://www.literaturkritik.de/public/rezension.php?rez_id=10837 und <http://blog.akademie.de/eintrag/1637/karl-valentin-und-der-zitate-abmahn-spuk>).

Nacktscanner sind Körperscanner, die mittels der Methode der Röntgenrückstrahlung Abbildungen der menschlichen Körperoberfläche erzeugen können (siehe <http://www.nacktscanner.org/>). Ihr Einsatz wird heftig diskutiert (siehe <http://www.spiegel.de/reise/aktuell/0,1518,586083,00.html> und <http://www.tagesspiegel.de/politik/deutschland/Nackt-Scanner-Luftverkehr-Innere-Sicherheit;art122,2644351>).

So zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik für 2007 (siehe http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2008/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2007_de.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2007_de.pdf) einen weiteren Rückgang der Fälle von Mord, Totschlag und Vergewaltigungen (siehe dazu auch <http://www.bmbf.de/pub/Egg.pdf> > S. 20 und 21 sowie Berichterstattung über frühere Statistiken: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,481693,00.html> und http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article273059/Kriminalitaet_in_Deutschland_sinkt_weiter.html).

Eine repräsentative Infas-Umfrage aus dem Jahr 2006 zeigt, daß die gefühlte Kriminalität ansteigt (siehe <http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/nano/bstuecke/91920/index.html> und <http://www.mdr.de/echt/4521481.html>). Siehe auch http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/veroeff/band/band01/band01_sicherheitsgefuehl_und_kriminalitaetsbewertung.pdf > zum Sicherheitsgefühl Seite 26, zur Bewertung von Kapitalverbrechen Seite 110ff; http://www.bmi.bund.de/nn_165264/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschuere_n/2006/2_Periodischer_Sicherheitsbericht/2_PSB_Kapitel_5.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/2_PSB_Kapitel_5.pdf > S. 494 zur Einschätzung von

Mord, 531. Zum Angstniveau siehe 2008er-Studie der R+V: <http://www.bmbf.de/pub/Egg.pdf> S. 9; v.a. auf S. 12.

In seiner Antrittsrede am 26. Januar 2001: „We enjoy peace amid paradox. Yes, we're safer now from the threat of massive nuclear war than at any point since the dawn of the atomic age, and yet we're more vulnerable now to suitcase bombs, the cyber-terrorist, the raw and random violence of the outlaw regime.“ (siehe <http://www.defenselink.mil/speeches/speech.aspx?speechid=323>).

Die Spanische Grippe, eine zwischen 1918 und 1920 weltweit wütende Pandemie, forderte mindestens 25 Millionen Todesopfer; manche Quellen gehen sogar von bis zu 50 Millionen Toten aus (siehe http://www.welt.de/wissenschaft/article1479576/Warum_die_Spanische_Grippe_50_Millionen_Menschen_toetete.html und http://de.wikipedia.org/wiki/Spanische_Grippe).

2005 startete die Polizei eine bundesweite Kampagne für Prävention, u. a. auch mit Plakaten in U-Bahnhöfen (Motiv siehe www.polizei-beratung.de/file_service/download/documents/Plakat+-+Praevention+verbindet.pdf; zur Kampagne siehe <http://www.polizei-beratung.de/presse/pressemitteilungen/archiv/2005/internetauftritt/> und <http://www.vgf-ffm.de/vgf/744.jsp>).

Vgl. "Das Ziegenproblem: Denken in Wahrscheinlichkeiten" von Gero von Randow, Rowohlt Verlag, Neuausgabe 2004.

Das sogenannte Geburtstagsparadoxon ist ein Beispiel für das intuitiv falsche Einschätzen von Wahrscheinlichkeiten (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Geburtstagsparadoxon> und http://www.welt.de/print-welt/article247671/Das_Geburtstagsparadoxon_der_Wahrscheinlichkeitsrechnung.html).

Das subjektiven Risikoempfinden führt zur Überschätzung der Wahrscheinlichkeit der Wiederholung von Ereignissen mit prägnanten Konsequenzen und großer medialer Berichterstattung (siehe <http://de.truveo.com/QuarkCo-reales-Risiko-eines-Terroranschlags/id/1657364559>; siehe auch <http://www.heise.de/newsticker/Bundestag-streitet-ueber-innere-Sicherheit-und-die-Unschuldsvermutung--/meldung/88859>).

Laut einer Forsa-Umfrage im Jahr 2007 (siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/anschlag-der-weg-in-den-terror_aid_219788.html und <http://www.n-tv.de/848891.html>).

So veröffentlichen mehrere Bundesländer Integrationsberichte, die Erfolge von Integrationsversuchen verdeutlichen (siehe z. B. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,573124,00.html>); auch Studien

zeigen messbare Erfolge (siehe <http://www.berlin-institut.org/studien/ungenutzte-potenziale.html>). Die Bundesregierung will ein Integrationsmonitoring einführen (siehe <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2008/06/2008-06-04-integrationsmonitoring.html>).

In „Logik der Forschung“ von 1934.

Fünftes Kapitel: Gesetze ohne Sinn und Verstand

In einem Interview mit der FAS am 16. September 2007 (siehe <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~eFDF112A654BD40C29D8E8956A788810F~aTpl~ecommon~scontent.html>).

Die Oppositionsparteien beteiligten sich nicht am Abstimmungsverfahren zum Gesetz am 13. Dezember 2001, um damit gegen die „Missachtung der parlamentarischen Rechte“ zu protestieren, die sie u. a. in der extrem kurzen Zeitspanne sahen, die ihnen zur Prüfung der Unterlagen zur Verfügung gestellt wurde (siehe http://webarchiv.bundestag.de/archive/2006/0706/aktuell/hib/2001/2001_327/01.html).

Strafrechtstheoretiker sprechen von einem „zunehmend symbolischen Charakter“ des Strafrechts, einer „Tendenz, die vom Parlament offenkundig durchaus intendiert ist, weil gerade mit symbolischer Gesetzgebung der Eindruck politischer Handlungsfähigkeit gewahrt werden kann“. (aus: Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A. Brodacz, M. Llanque, G. Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrxZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokrati+e++Von+Andr%C3%A9+Brodacz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 156 unten/157).

Zur Geschichte und zum Verfahren der Rasterfahndung siehe <http://id-is.org/wordpress/?p=104>, <http://www.lexexakt.de/glossar/rasterfahndung.php> und <http://de.wikipedia.org/wiki/Rasterfahndung>.

Aus den 8,3 Millionen Datensätzen wurden 19.000 „Prüf-Fälle“ extrahiert, die wiederum in nur einem einzigen Fall zu einem (bald wieder eingestellten) Ermittlungsverfahren führten (siehe <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,294808,00.html> und <http://www.wiwo.de/unternehmer-maerkte/ard-rasterfahndung-hat-keinen-erfolg-343354/>).

Der hessische Innenminister Volker Bouffier in seiner Antwort auf die Teilfrage „Hat sich aus Sicht der Landesregierung das Mittel der Rasterfahndung der Kriminalitätsbekämpfung bewährt und wenn ja, aus welchen Gründen?“ aus der

Kleinen Anfrage des Abgeordneten Hahn (FDP) am 10.03.2004 (siehe <http://www.cilip.de/terror/lt-hessen-16-02042.pdf> Seite 2).

Es entschied, daß die Rasterfahndung nur bei konkreter Gefahr etwa für die Sicherheit der Bundesrepublik zulässig sei (siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg06-040.html> und <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,417589,00.html>).

Eingeführt wurde der e-Pass in Deutschland im November 2005. Seit November 2007 werden zusätzlich die Fingerabdrücke gespeichert (siehe <http://www.neuer-reisepass.de/>, http://www.bmi.bund.de/nn_121560/Internet/Navigation/DE/Themen/PaesseUndAusweise/ElektronischerReisepass/elektronischer_reisepass_node.html_nnn=true und http://de.wikipedia.org/wiki/Reisepass#Elektronischer_Reisepass_mit_biometrischen_Daten_.28ePass.29)).

E-Pässe sollen sicherstellen, daß gefälschte oder veränderte Pässe nicht zur Grenzüberquerung genutzt werden können, und verhindern, daß Kriminelle die Identität des Inhabers eines echten Passes annehmen können (siehe http://www.bmi.bund.de/nn_121560/Internet/Navigation/DE/Themen/PaesseUndAusweise/ElektronischerReisepass/elektronischer_reisepass_node.html_nnn=true und <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2008-09/11891680-der-epass-von-entrust-mit-eacpki-funktion-von-entrust-absolviert-die-tests-in-prag-fehlerfrei-und-zeigt-erfolge-fuer-die-systeme-sloweniens-und-gros-007.htm>).

Die Zahlen stammen aus der Antwort der Bundesregierung auf zwei Teilfragen aus der Kleinen Anfrage mehrerer Bundestagsabgeordneter im Mai 2007 zur Notwendigkeit biometrischer Pässe aus Sicherheitsgründen (siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/055/1605507.pdf> Frage 2 und 3 auf Seite 1 und 2).

Im Falle des 11. September hätte ein e-Pass mit Fingerabdrücken z. B. nichts genutzt, da Mohammed Atta gar nicht versucht hatte, seine Identität zu verschleiern, sondern unter seinem echten Namen reiste. Vgl. dazu Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A.Brodocz, M. Llanque, G.Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrXZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokratie++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 157 Mitte).

So betonte z. B. der damalige Innenminister Otto Schily kurz vor der Einführung des e-Passes 2005, daß eine zentrale Speicherung der Paßdaten in der EU-Verordnung nicht vorgesehen sei und das deutsche Paßgesetz zudem ein klares Verbot einer zentralen Paßdatei enthalte (siehe

http://www.eu2007.bmi.bund.de/nn_122688/Internet/Content/Nachrichten/Archiv/Pressemitteilungen/2005/06/ePass.html). Sein Nachfolger Wolfgang Schäuble äußerte sich da in einem Interview mit der taz im Februar 2007 auf die Frage, wie lange das Versprechen gelte, daß es keine zentrale oder dezentrale Speicherung der Daten geben werde, schon vager: „Der Gesetzgeber behält immer die Möglichkeit, einmal getroffene Entscheidungen später zu revidieren. Da lege ich mich jetzt nicht fest.“ (siehe <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/02/08/a0169>).

Dies tat sie mit Verabschiedung der Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 des Rates vom 13. Dezember 2004 über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten (siehe <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l14154.htm>).

siehe <http://www.heise.de/newsticker/EU-Kommission-will-zentralisierte-Datenbank-fuer-Fingerabdruecke--/meldung/86924> und <http://diepresse.com/home/politik/eu/372724/index.do?from=simarchiv>

siehe http://www.bundesnetzagentur.de/enid/ee4bf637830feb82b9bd8ff09e304bea_und_2c069c6d6f6465092d09093a09636f6e5f6964092d093133383533/Presse/Pressemitteilungen_d2.html

siehe <http://www.heise.de/ct/06/11/060/>

In seinem Beitrag „Das Ende der Privatheit“ in: Grundrechte-Report 2003, S. 15

Die baden-württembergischen Abgeordneten Hans-Ulrich Sckerl und Thomas Oelmayer stellten eine Kleine Anfrage an das Justizministerium (Frage 2 der Anfrage und Antwort des Ministeriums vom 22.08.2006 siehe http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/0000/14_0276_d.pdf).

siehe z. B. http://www.datenschutz-bremen.de/pdf/jahresbericht_26.pdf unter 18.13

Das Bundesverfassungsgericht erklärte im Juli 2005 die Regelungen im niedersächsischen Polizeigesetz für nichtig, die eine präventive Telefonüberwachung ermöglichten (siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg05-068.html>, <http://www.stern.de/politik/perspektivedeutschland/:Karlsruhe-Pr%E4ventive-Telefon-%FCberwachung-Grundgesetz/543576.html>).

Unter Online-Durchsuchung wird entweder ein verdeckter einmaliger Zugriff im Rahmen einer „Durchsicht“ oder eine längere „Überwachung“ von Informationssystemen auf privaten Computern mittels technischer Mittel durch staatliche Behörden verstanden. Mit der Verabschiedung des neuen BKA-Gesetzes im November 2008 (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Bundestag-verabschiedet-BKA-Gesetz-mit-heimlichen-Online-Durchsuchungen--/meldung/118812> und

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,597652,00.html>), das zum 1. Januar 2009 in Kraft trat, wurde der umstrittenen Onlinedurchsuchung eine rechtliche Grundlage gegeben. Auch vorher wurde sie bereits praktiziert (siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,479422,00.html>, <http://www.heise.de/newsticker/Bundesregierung-gibt-zu-Online-Durchsuchungen-laufen-schon--/meldung/88824>, und <http://www.dpunkt.de/leseproben/2934/Kapitel%201.pdf>). Zur technischen Funktionsweise der Online-Durchsuchung siehe <http://www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EE4EF4959326A48ADA8B884CD499B5720~ATpl~Ecommon~Scontent.html>.

In einem Interview mit der Welt erklärte Schäuble, von der Technik nicht so viel wie von der Verfassung zu verstehen (siehe http://wolfgang-schaeuble.de/fileadmin/user_upload/PDF/070415wams.pdf); in der Bundespressekonferenz vom 15. Mai 2007 geriet er in Erklärungsnoté bezüglich der Funktionsweise der Online-Durchsuchung (siehe http://www.netzpolitik.org/wp-upload/schaeuble_onlinedurchsuchung.mp3 und <http://netzpolitik.org/2007/schaeuble-stoibert-ueber-die-online-durchsuchung/>); und in einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte er: „Ich bin kein Experte, und ich weiß auch gar nicht, ob es so furchtbar zielführend ist, daß man jede Ermittlungsmethodik der Sicherheitsbehörden breit diskutiert.“ (siehe http://www.dradio.de/df/sendungen/idw_dlf/675438_/). Ziercke wehrte sich im September 2007 gegen die Forderung, das BKA solle zeigen, wie das Ausspähen in der Praxis funktioniert, mit der Aussage „Wir beim BKA haben Onlinedurchsuchungen noch nicht durchgeführt.“ (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Merkel-und-Schaeuble-beharren-auf-heimlichen-Online-Durchsuchungen--/meldung/95505>). Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Peter Zaar, attestierte den Entscheidungsträgern im Oktober 2007 Unkenntnis (siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26423/1.html>).

faz.net berichtete im September 2007, daß das Bundesinnenministerium auf eine Anfrage zur Funktionsweise des sogenannten Bundestrojaners (siehe <http://www.tagesschau.de/inland/meldung490134.html>) antwortete: „Eine generelle Aussage zur genauen Einbringungsmethode ist nicht möglich.“ (siehe <http://www.faz.net/s/RubF359F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~EF233E62A2BC144AF908CC01D8729E30B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>).

So berief sich z. B. BKA-Chef Jörg Ziercke z. B. in einer Diskussion mit Bürgerrechtlern im September 2007 wiederholt auf nicht namentlich genannte Experten, die ihm die technische Machbarkeit attestiert hätten (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Buengerrechtler-diskutieren-mit-BKA-Chef-ueber-Online-Durchsuchung--/meldung/96369>).

So schreiben z. B. die Autoren Burkhard Schröder und Claudia Schröder in ihrem im September 2008 veröffentlichten Buch „Die Online-Durchsuchung“: „Man kann angesichts der technischen Voraussetzungen kaum glauben, daß jemand ernsthaft über das Vorhaben einer 'Online-Durchsuchung' als Ermittlungsmaßnahme diskutieren möchte.“ (siehe <http://www.compliancemagazin.de/literatur/fachbuecher/>

<http://www.dpunkt.de/buecher/2934.html>). Auch andere Experten bezweifeln die technische Umsetzbarkeit (siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29110/1.html> und <http://www.heise.de/security/Bundestrojaner-Geht-was-was-geht-/artikel/86415/>), z. B. der stellvertretende Chefredakteur der Computerzeitschrift »c't« Jürgen Kuri, der dem tagesspiegel sagte: „Der Vorstoß ist ein Windei, denn er läßt sich technisch kaum umsetzen.“ (siehe <http://www.tagesspiegel.de/politik/art771,1966277>)..

Die rechtliche Grundlage hierfür liefern die Artikel 102ff der Strafprozeßordnung, die die Durchsuchung und die Beschlagnahme regeln (siehe <http://www.gesetze-im-internet.de/stpo/BJNR006290950.html#BJNR006290950BJNG000902301>).

Ziercke äußerte dies z. B. in den Interviews mit der taz im März 2007 (siehe <http://www.taz.de/index.php?id=archivseite&dig=2007/03/26/a0119>), mit dem Stern im Heft 36/2007 (siehe <http://www.stern.de/presse/vorab/:BKA-Chef-Ziercke-Ich-Volks-DNA/596362.html>) und mit tagesschau.de im Februar 2008 (siehe <http://www.tagesschau.de/inland/interviewzierke2.html>).

siehe <http://www.heise.de/newsticker/BND-benutzt-Online-Durchsuchung-zur-Spionage--/meldung/134169>, vgl. auch die Berichterstattung im SPIEGEL, Heft 11/2009

Aus der Pressemitteilung zum Urteil: „Angesichts der Schwere des Eingriffs ist die heimliche Infiltration eines informationstechnischen Systems, mittels derer die Nutzung des Systems überwacht und seine Speichermedien ausgelesen werden können, verfassungsrechtlich nur zulässig, wenn tatsächliche Anhaltspunkte einer konkreten Gefahr für ein überragend wichtiges Rechtsgut bestehen.“ (siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-022.html> und <http://www.tagesschau.de/inland/onlinedurchsuchung32.html>).

Videouberwachungen sind Beobachtungen von Räumen mittels elektronisch-optischer Raumüberwachungsanlagen; sie werden sowohl von staatlichen als auch von privaten Stellen durchgeführt (siehe <https://www.datenschutzzentrum.de/video/>). Die Videouberwachung öffentlich zugänglicher Räume wird durch das Bundesdatenschutzgesetz geregelt (siehe http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bdsg_1990/gesamt.pdf § 6b).

Sie tat dies z. B. im Rahmen der Fahndung nach dem „Kofferbomber von Köln“ (siehe dazu weitere Fußnote in diesem Kapitel), zu der sie Überwachungsbilder der Kameras der Deutschen Bahn aus dem Kölner Hauptbahnhof verwendete (siehe http://www.wdr.de/themen/panorama/19/bahnhof_dortmund/070731.jhtml und http://www.focus.de/digital/multimedia/videoueberwachung_aid_114165.html). Weitere Zugriffsmöglichkeiten werden diskutiert bzw. sind in Vorbereitung (z. B. in Berlin (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Berliner-Senat-verabschiedet-Novelle-des-Polizeigesetzes--/meldung/94669>) und in BW (siehe

<http://www.heise.de/newsticker/Baden-Wuerttemberg-plant-Videoatlas-von-privaten-Ueberwachungskameras--/meldung/85460>)).

siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/20/20572/1.html> und <http://www.datenspeicherung.de/index.php/studie-videoueberwachung-kaum-von-nutzen/> (auch <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/24/24343/1.html>). Ebenso Dietmar Kammerer, Bilder der Überwachung. Frankfurt 2008. S. 63.

Oft ist dieser Verlagerungseffekt von den städtischen Stellen sogar einkalkuliert, um die „Reinhaltung“ prominenter Plätze zu garantieren (siehe <http://www.ard.de/ratgeber/special/videoueberwachung/-/id=322978/nid=322978/did=320090/2i5o7u/index.html>, http://books.google.de/books?id=SKYDpC_9HJ4C&pg=PA28-IA5&lpg=PA28-IA5&dq=Verlagerung+Kriminalit%C3%A4t+Video+%C3%BCberwachung&source=bl&ots=vzIxzIWOkR&sig=LZxGMrjXNLfjLbbCtoZJV4nelw&hl=de&ei=ijykSYHkHcyA_gacroiTBQ&sa=X&oi=book_result&resnum=6&ct=result und <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,373529,00.html>).

Dies führte der österreichische Datenschützer Hans Zeger gegenüber dem ORF an (<http://futurezone.orf.at/stories/137806/und> http://www.salzburg.com/nwas/archiv_artikel.php?xm=3446196&res=0).

Die Anzahl öffentlicher Kameras in Großbritannien wird auf fünf Millionen geschätzt (aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 43). Im Jahr 2003 wurde ein britischer Bürger durchschnittlich 300 Mal am Tag von Kameras gefilmt (in Dietmar Kammerer, Bilder der Überwachung. Frankfurt 2008. S. 45).

Aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 54

siehe http://www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=15662&key=standard_document_33184662

Er äußerte dies gegenüber der SZ in Bezug auf den einige Tage zurückliegenden Überfall, bei dem zwei Jugendliche einen 76jährigen Rentner bespuckt, beschimpft und niedergeschlagen hatten (siehe <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/745/428500/text/>).

Die Attentäter wurden vor dem Zünden der Bombe von Überwachungskameras gefilmt (siehe <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,364908,00.html>).

Am 31. Juli 2006 deponierten zwei Männer im Hauptbahnhof Köln in zwei Regionalzügen Kofferbomben. Die Festnahme der Täter im August wurde in den Medien als Fahndungserfolg bezeichnet (siehe z. B. <http://www.stern.de/politik/deutschland/:Fahndungserfolg-Zweiter->

[Kofferbomber-/568412.html](#),
<http://www.faz.net/s/RubF359F74E867B46C1A180E8E1E1197DEE/Doc~EE825B86C7B5C4AF1A1AFB23448CF84E5~ATpl~Ecommon~Scontent.html> und
<http://www.rp-online.de/public/article/politik/deutschland/359328/Kofferbomber-Trieb-ihn-die-Rache.html>).

Nach Angaben der Bundesanwaltschaft gab der libanesische Geheimdienst den entscheidenden Hinweis zur Festnahme (siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/kofferbomber_aid_114060.html und http://www.wdr.de/themen/panorama/kriminalitaet10/kofferbomber/060824_b.jhtml?rubrikenstyle=panorama).

Bevor die Schüsse auf ihn abgegeben wurden, wurde de Menenez von mehreren Videokameras bei harmlosen Tätigkeiten wie der Mitnahme einer kostenlosen Metro-Zeitung und Rolltreppenfahren gefilmt (siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,370215,00.html>). Verdächtig wurde er einzig und allein aufgrund einer vagen Ähnlichkeit mit gesuchten Personen (siehe http://www.perspektive89.com/2006/07/27/videouberwachung_am_beispiel_londons_zwischen_sicherheitswahn_und_uberwachungsparanoia im Fazit). Von der Aktion der Polizisten hingegen gibt es so gut wie keine Aufnahmen, da sie Kameras trotz Terroralarm defekt waren (siehe <http://www.spiegel.de/panorama/0,1518,369884,00.html>).

In den Neunziger Jahren gab der britische Staat rund 670 Millionen Euro jährlich für die Anschaffung und Wartung von Überwachungskameras aus. Allein die Auswertung von Überwachungsbildern der 10.000 Londoner Kameras kostet 250 Millionen im Jahr. Aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 42 f.

Er reagierte damit auf die Weigerung der Bank, britische Einlagen zu garantieren (siehe http://www.focus.de/politik/ausland/finanzkrise-island-kaempft-mit-spass-waffen_aid_343017.html).

Am 4. September 2007 wurden drei mutmaßliche Terroristen im Sauerland festgenommen. Ihnen wird vorgeworfen, mehrere Anschläge mit Autobomben in Deutschland geplant zu haben. Ein Jahr nach der Verhaftung wurde Anklage erhoben; der Prozess gegen sie beginnt am 24. März 2009 (siehe WDR-Dossier zum Thema unter http://www.wdr.de/themen/panorama/terror/festnahmen_geplanter_anschlag/uebersicht.jhtml).

So wurde das Trio vor dem Zugriff monatelang überwacht (siehe <http://www.welt.de/politik/article2384639/Prozess-gegen-Sauerland-Terroristen-eroeffnet.html>).

Ein langjähriger Informant des amerikanischen und türkischen Geheimdienstes soll die Gruppe mit Bombenmaterial versorgt haben (siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,576682,00.html> und <http://www.stern.de/panorama/:Sauerland-Zelle-Mutma%DFlicher-CIA-Mann-der-Chef/653678.html>).

Wie auch Vertreter aus Kirche und Polizei lehnten deutsche Politiker den Vorschlag vom Oktober 2008 als sittenwidrig ab (siehe <http://www.welt.de/politik/article2619886/Regierung-bezeichnet-Nacktscanner-als-Unfug.html>).

Die Bundesregierung fördert die Entwicklung der „Nacktscanner“-Technik mit 29 Millionen Euro (siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29010/1.html> und <https://www.xing.com/app/forum?op=showarticles;id=14733631;offset=250>).

Sechstes Kapitel: Wer kann in die Zukunft sehen?

Ein US-amerikanischer Science-Fiction-Thriller des Regisseurs Steven Spielberg aus dem Jahr 2002, dessen Drehbuch auf der gleichnamigen Kurzgeschichte des Autors Philip K. Dick aus dem Jahr 1956 basiert (siehe [http://en.wikipedia.org/wiki/Minority_Report_\(film\)](http://en.wikipedia.org/wiki/Minority_Report_(film))).

Während Pressevertreter und Politiker den Begriff der Prävention oftmals im allgemeinen Sinne des Wortes als vorbeugende Maßnahme zur Vergrößerung der Sicherheit verwenden, hat er im Polizeirecht eine spezifische Bedeutung. Es wird hier unterschieden zwischen präventiven (der Vermeidung und Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung dienenden und zum Polizeirecht gehörigen) und repressiven Tätigkeiten (Wahrnehmung strafverfolgender Aufgaben, die durch die Strafprozeßordnung geregelt wird). Zu den präventiven Tätigkeiten werden Erlasse von Gebots- oder Verbotsverfügungen, die Durchführung von Standardmaßnahmen wie der Identitätsfeststellung sowie Maßnahmen der Verwaltungsvollstreckung gezählt. Präventive Polizeitätigkeiten werden in den Polizei- und Ordnungsgesetzen der Länder geregelt und bedürfen, soweit sie in die Rechte eines Einzelnen eingreifen, besonderer gesetzlicher Ermächtigungen. Nur wenige Handlungen wie z. B. Streifenfahrten und Verwarnungen sind ohne konkrete Befugnisnorm zulässig (siehe http://www.rechtslexikon-online.de/Polizeitaetigkeit_praeventive.html, <http://www.rechtslexikon-online.de/Polizeirecht.html> und [http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeirecht_\(Deutschland\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeirecht_(Deutschland))).

siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Kriminalpr%C3%A4vention>

Das Strafrecht unterscheidet zwischen verschiedenen Verwirklichungsstufen eines Deliktes: Planung, Vorbereitung, Versuch, Vollendung und Beendigung. Während Planung und Vorbereitung straffrei sind, ist der Versuch strafbar (siehe

http://www.cjfa.de/CJFA/material/DStrafR/strafR_01_02/t_versuch.html und
<http://www.bundesrecht.juris.de/bundesrecht/stgb/gesamt.pdf> § 22).

siehe <https://www.taz.de/1/politik/amerika/artikel/1/george-bushs-lange-liste/>,
http://www.focus.de/politik/ausland/usa-mehr-als-eine-million-terrorverdaechtige_aid_317981.html und
<http://www.aclu.org/privacy/spying/watchlistcounter.html>

Volker Bouffier verwendete diesen Ausdruck in seiner Antwort auf die Teilfrage „Hat sich aus Sicht der Landesregierung das Mittel der Rasterfahndung der Kriminalitätsbekämpfung bewährt und wenn ja, aus welchen Gründen?“ aus der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Hahn (FDP) am 10.03.2004 (siehe <http://www.cilip.de/terror/lt-hessen-16-02042.pdf> Seite 2).

Zur Bedeutung der Sprache schreibt Martin Haase in seinem Essay „Neusprech im Überwachungsstaat“: „Solche [freiheitseinschränkenden] Maßnahmen sind der Bevölkerung schwer zu vermitteln, daher müssen Politiker, die sich für sie einsetzen, zu außergewöhnlichen sprachlichen und rhetorischen Mitteln greifen, um die negativen Auswirkungen solcher Gesetze zu verschleiern oder klein zu reden und ihnen positive Seiten abzugewinnen.“ (siehe http://events.ccc.de/congress/2008/Fahrplan/attachments/1193_Neusprech-Paper.pdf). Siehe zudem eine Sammlung „sprachlicher Verneblungen“ von freiheitseinschränkenden Maßnahmen unter <http://www.zeit.de/online/2009/04/neusprech-schaeuble-lexikon>.

Timothy McVeigh, der sogenannte Oklahoma-Bomber, der am 19. April 1995 das Alfred P. Murray Building in Oklahoma City in die Luft sprengte und dabei 168 Menschen tötete, war weißer Hautfarbe, stammte aus einer irisch-katholischen Familie und war Veteran der US-Armee (siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Timothy_McVeigh).

Von den drei Männern, die im September 2007 wegen der Planung mehrerer Anschläge mit Autobomben festgenommen wurden, sind zwei zum Islam konvertierte Deutsche (siehe http://www.wdr.de/themen/panorama/terror/festnahmen_geplanter_anschlag/index.jhtml, <http://www.welt.de/politik/article2384639/Prozess-gegen-Sauerland-Terroristen-eroeffnet.html> und <http://www.zeit.de/online/2008/36/sauerland-terroristen>).

Mit dem „Military Commissions Act“, das am 28.9.2006 vom US-Kongress verabschiedet und am 17.10.2006 nach der Unterzeichnung durch den ehemaligen US-Präsidenten Bush in Kraft trat, wurde die Figur des „unlawful combatant“ geschaffen (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Military_Commissions_Act und http://www.loc.gov/rr/frd/Military_Law/pdf/PL-109-366.pdf).

In seinem Beitrag „Bürgerstrafrecht und Feindstrafrecht“ in Heft 3/2004 der HRRS Online-Zeitschrift für Höchstgerichtliche Rechtsprechung im Strafrecht auf S. 92 (siehe <http://www.hrr-strafrecht.de/hrr/archiv/04-03/index.php3?sz=6>).

In einem Gespräch mit der ZEIT (Nr. 30/2007) gab er auf die Frage, „ob der Rechtsstaat im Kampf gegen den Terrorismus bis an seine Grenzen oder Stichwort Guantánamo gar darüber hinaus gehen müsse“, die indirekte Antwort, Depenheuers Buch „Selbstbehauptung des Rechtsstaats“ (siehe <http://www.perlentaucher.de/buch/27996.html>) sei seine Nachtlektüre (siehe http://www.zeit.de/2007/33/Schaeubles_Nachtlektuere).

Die Bagram Air Base, eine US-Militärbasis, liegt im Nordosten Afghanistans. Im dortigen Internierungslager befinden sich mehr als doppelt so viele Gefangene wie in Guantanamo (siehe <http://www.tagesschau.de/ausland/bagram100.html> und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,609135,00.html>). Im Gegensatz zu Guantanamo hat sich nach Amtsantritt von Obama für die Häftlinge in Bagram nichts geändert — sie sind weiterhin völlig rechtlos (siehe http://www.nytimes.com/2009/02/22/washington/22bagram.html?_r=1&scp=1&sq=obama%20bagram&st=cse).

Siebttes Kapitel: Warum lassen wir uns das gefallen?

Deutschland ist derzeit der weltweit drittgrößte Rüstungsexporteur (siehe <http://www.sueddeutsche.de/politik/548/442288/text/>, <http://www.netzeitung.de/wirtschaft/1228259.html> und <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,89952,00.html>).

Deutschland ratifizierte neben der Europäischen Menschenrechtskonvention (siehe <http://conventions.coe.int/Treaty/ger/Treaties/Html/005.htm> und http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Menschenrechtskonvention) und den Genfer Konventionen (siehe <http://www.icrc.org/ihl> und http://de.wikipedia.org/wiki/Genfer_Konventionen) 1990 die UN-Konvention gegen Folter (Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10. Dezember 1984, siehe <http://untreaty.un.org/english/treatyevent2001/pdf/07e.pdf>, http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Menschenrechte/Download/_C3_9CbereinkommenGegenFolter.pdf und <http://de.wikipedia.org/wiki/UN-Antifolterkonvention>).

Das regelt die sogenannte "Ewigkeitsklausel" in Art 9 Abs. 3 Grundgesetz.

Seit der Entführung des elfjährigen Jakob von Metzler im September 2002 diskutieren Juristen, aber auch Politiker über mögliche Grenzen des Folterverbots (siehe z. B. http://www.akweb.de/ak_s/ak491/38.htm, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25959/1.html>, http://www.zeit.de/2004/51/Essay_Daschner, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,237727,00.html>, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,237849,00.html>, <http://www.gene.ch/genpost/2005/Jan-Jun/msg00250.html>,

[028_E_Folter_RZ_WWW_ES.pdf](#) und
<http://www.proasyl.de/texte/mappe/2004/91/16.pdf>).

Z. B. die USA (siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25781/1.html> und <http://www.zeit.de/2008/08/USA-Folter>).

Einige Vertreter der Bundesregierung setzen sich dafür ein, zur Informationsgewinnung im Kampf gegen den Terrorismus auch die Zusammenarbeit mit Nachrichtendiensten zu pflegen, die menschenrechtswidrige Methoden nutzen (siehe http://files.institut-fuer-menschenrechte.de/488/d63_v1_file_4641e705b1a84_IUS-032_S_Terror3_ND1_RZ_WEB.pdf S. 46. Darin: „Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble betonte, es sei unverantwortlich, Informationen, bei denen man lediglich nicht sicher sein könne, daß sie unter rechtsstaatlichen Bedingungen erlangt worden seien, generell nicht zu verwenden.““ (siehe dazu <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/69/83/dokument.html?titel=T%C3%A4ndeln+an+der+roten+Linie&id=44943896&top=SPIEGEL&suchbegriff=sch%C3%A4uble+abendblatt&quellen=&qcrubrik=artikel> und <http://www.abendblatt.de/daten/2005/12/19/515126.html>) sowie „Der bayerische Innenminister Günther Beckstein bekannte sich zwar dazu, daß der Einsatz von Folter zur Strafverfolgung ein absolutes Tabu sei, pflichtete dem Bundesinnenminister aber darin bei, daß zur Gefahrenabwehr relevante Informationen von dritter Seite genutzt werden müssten – und zwar unabhängig davon, wie diese Informationen zustande gekommen seien.““ (siehe dazu http://www.welt.de/print-welt/article186493/Nicht_zugucken_bis_jemand_eine_Bombe_zuendet.html).

Achtes Kapitel: Angst sells

Meldung vom 13. Februar 2009 (siehe <http://rhein-zeitung.de/on/09/02/13/ticker/t/rzo533959.html>)

Meldung vom 18. Januar 2009 (siehe <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,3955785,00.html>)

Meldung vom 4. August 2008 (siehe <http://www.abendblatt.de/daten/2008/08/04/916154.html>)

siehe <http://www.rp-online.de/public/article/wissen/gesundheit/560/Laut-Bericht-von-WHO-und-UNICEF.html> und http://www.nationalgeographic.de/php/magazin/redaktion/2007/07/redaktion_intern.htm

Heft 6/2009

Der Wissenschaftler Skadi Krause schreibt dazu: „Entgegen der in den Medien verbreiteten öffentlichen Meinung leben wir nach Ansicht der Sicherheitsbehörden

immer noch in einem der sichersten Gemeinwesen dieser Erde. [...] Und dies betrifft [...] auch das [Gebiet] der Medienpolitik, sind es doch vor allem die Medien, die die Absicht der Terroristen, Angst und Schrecken zu verbreiten, wirksam umsetzen.“ (aus: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A. Brodocz, M. Llanque, G. Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrxZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokrati+e++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 156, 2. Absatz).

Es existieren verschiedene Sprichwörter mit den gleichen Wortbestandteilen und teilweise widersprüchlichen Bedeutungen: „Good News is No News“; „No News is Bad News“; „Bad News is Good News“ und „No News is Good News“ (für letztere Version siehe http://www.phrases.org.uk/bulletin_board/45/messages/374.html).

Die Angaben ergeben sich aus eigener Zählung in den Archiven der taz bzw. NZZ.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im August 2008 beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung für neugeborene Jungen 76,9 Jahre und für neugeborene Mädchen 82,3 Jahre, was gegenüber den Vorjahrszahlen einen weiteren Anstieg bedeutet (siehe http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/08/PD08_304_12621.psm1).

Die polizeiliche Kriminalstatistik für 2007 (siehe http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2008/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2007_de.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2007_de.pdf) zeigt einen weiteren Rückgang der Fälle von Mord, Totschlag und Vergewaltigungen (siehe dazu auch <http://www.bmbf.de/pub/Egg.pdf> > S. 20 und 21 sowie Berichterstattung über frühere Statistiken: <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,481693,00.html> und http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article273059/Kriminalitaet_in_Deutschland_sinkt_weiter.html).

Am 7. Juli 2005 wurden in London durch vier in U-Bahnen und einem Bus versteckten Rucksackbomben 56 Menschen getötet und über 700 verletzt (siehe <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/22/0,3672,2334230,00.html> und http://de.wikipedia.org/wiki/Terroranschlag_am_7._Juli_2005_in_London)

Durch die Explosion von zehn in Regionalzügen versteckten Bomben wurden in Madrid am 11. März 2004 191 Menschen getötet und 2051 verletzt (siehe

<http://www.tagesschau.de/ausland/meldung174804.html> und http://de.wikipedia.org/wiki/Madrider_Zuganschl%C3%A4ge).

siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,480361,00.html> und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,608080,00.html>

Die „Jericho-Trompete“ bezieht sich zum einen auf die in der Bibel erwähnte Stadt Jericho, die durch den Klang von Trompeten und anderen Blasinstrumenten zum Einsturz gebracht worden sein soll (siehe <http://www.blick.ch/news/schweiz/couchepin/artikel55177> und http://de.wikipedia.org/wiki/Jericho#Jericho_in_der_Bibel). Zum anderen bezeichnet der Begriff Sirenen, die bis zur Mitte des Zweiten Weltkriegs aus kriegspsychologischen Gründen an deutschen Sturmflugzeugen angebracht waren (siehe <http://de.wikipedia.org/wiki/Jericho-Trompete>).

siehe <http://derstandard.at/Text/?id=1226250788071>

Dieser hatte unter dem Titel „Police warn of growing threat from eco-terrorists“ am 9. November 2008 berichtet; der Observer stellt den Originalartikel online nicht zur Verfügung (siehe daher <http://www.earthfirst.org.uk/actionreports/node/21769>).

Zur Organisation selbst siehe <http://www.earthfirst.org/>, http://en.wikipedia.org/wiki/Earth_First!). Sie betreibt mehrere Informations-Seiten (siehe <http://www.earthfirstjournal.org/> und <http://www.earthfirstnews.com/>). Zu den Vorgängen siehe <http://www.monbiot.com/archives/2008/12/23/the-paranoia-squad/>.

Die Gemeinde Gorleben in Niedersachsen befinden sich mehrere Einrichtungen zur Atommüllentsorgung, u. a. das als „Zwischenlager“ bekannte Transportbehälterlager (in Betrieb seit 1995) und ein Erkundungsbergwerk für ein Endlager (siehe <http://www1.ndr.de/nachrichten/dossiers/atomkraft/hintergrund/castor6.html>, http://www.umwelt.niedersachsen.de/master/C11733943_N11622618_L20_D0_I598.html und http://de.wikipedia.org/wiki/Transportbeh%C3%A4lterlager_Gorleben). Die regelmäßig stattfinden Transporte von radioaktiven Abfällen z. B. in Castor-Behältern wurden stets von heftigen Protesten begleitet, zuletzt im November 2008 (siehe <http://www.noows.de/atomml-transport-hat-zwischenlager-in-gorleben-erreicht-3968>).

siehe z. B. <http://www.sueddeutsche.de/wissen/925/435672/text/>, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,539131,00.html>, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,263951,00.html> und <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25774/1.html>

siehe <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2008/nov/23/readers-editor-climate-change>

siehe z. B. http://www.focus.de/politik/ausland/pakistan_aid_69095.html,
<http://www.zeit.de/online/2007/08/al-quaida> und
http://www.morgenpost.de/printarchiv/politik/article1035083/USA_bombardieren_Taliban_Versteck_in_Pakistan.html?print=yes

So setzte z. B. der SPIEGEL in den vergangenen 8 Jahren folgende Titelzeilen auf sein Cover: „Krieg der Welten – Bin Ladens Schläfer. In Afghanistan trainiert, als Asylanten in Europa“ (42/2001), „Terror gegen Touristen – Bin Ladens deutsches Netzwerk“ (17/2002), „...wenn Du mir den Tod befehlst“ - Al-Qaida-Basis Deutschland“ – (13/2004), „Strategie Massenmord – Die Al-Qaida-Offensive fünf Jahre nach dem 11. September 2001“ (33/2006), „Der Koran – Das mächtigste Buch der Welt“ (52/2007), „Terror-Basis Pakistan – Bin Ladens deutsche Jünger“ (38/2007), „Der Preis der Angst – wie der Terrorismus den Rechtsstaat in Bedrängnis bringt“ (28/2007), „Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung“ (13/2007); alle SPIEGEL-Cover unter <http://service.spiegel.de/digas/servlet/epaper?Q=SP&AN=TITELGALERIE>.

Dieser Zusammenhang, bezogen auf die US-amerikanische Presse, wird anschaulich thematisiert im Film „Von Löwen und Lämmern“ unter der Regie von Robert Redford aus dem Jahr 2007 (siehe <http://www.google.de/search?hl=de&q=Lions+for+Lambs&btnG=Suche&meta=> und <http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/kulturzeit/tips/114821/index.html>).

Z. B. der Spiegel (siehe <http://www.spiegel.de/netzwelt/tech/0,1518,587219,00.html>).

Die mit aufwendigen visuellen Effekten in Szene gesetzten technischen Analyseverfahren gehören zur Kern des Konzepts der seit 2001 im deutschen Fernsehen laufenden Serie (siehe <http://csipresse.tripod.com/spiegel2006.htm> und http://de.wikipedia.org/wiki/CSI_%E2%80%93_Den_T%C3%A4tern_auf_der_Spur#Konzept).

Neuntes Kapitel: Denn Sie wissen nicht, was sie tun

In einem Video-Podcast der Kanzlerin vom November 2006 (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Merkel-plaedierte-fuer-mehr-Ueberwachung-trotz-hoher-Sicherheit--/meldung/80901>).

aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 175.

aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 184

aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 72

Die Elektro-Enzephalographie (EEG) ist eine Methode zur Messung der elektrischen Gehirnströme (siehe

<http://www.netdokter.de/Diagnostik+Behandlungen/Untersuchungen/Elektro-Enzephalographie-EEG-1172.html>).

aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 221

Dietmar Kammerer, Bilder der Überwachung. Frankfurt 2008. S. 43. „I have no doubt that we will hear some protests about a threat to civil liberties. Well I have no sympathy what so ever for so-called liberties of that kind.“

In einer Rede zum Thema Überwachung auf einer Wahlkampfveranstaltung in Osnabrück im Januar 2008 (siehe http://udovetter.de/lawblog/merkel_os.mp3 und <http://freiheitblog.wordpress.com/2008/01/22/machbarkeitsprinzip/>).

Die in Anspielung auf die Versandhaus-Kataloge „Otto-Kataloge“ genannten ersten deutschen Anti-Terror-Maßnahmen finden sich in den Sicherheitspaketen I und II vom 9. November bzw. 14. Dezember 2001 (siehe http://www.bpb.de/themen/ZL1B4U,0,0,Dokumente_und_Links.html und http://www.bundesregierung.de/nm_774/Content/DE/Artikel/2001-2006/2005/11/2005-11-21-kampf-gegen-den-terrorismus.html).

siehe

http://www.gruene.de/cms/default/dok/263/263624.vorratsdatenspeicherung_stoppen.htm

siehe

http://www.gruene.de/cms/default/dok/229/229680.innenminister_auf_abwegen.htm

siehe

http://archiv2007.sozialisten.de/presse/presseerklaerungen/view_html/zid15249/bs1/n26 und <http://www.heise.de/ct/Wahlprogramme-unter-der-Lupe-3-Die-Linke-PDS--/hintergrund/meldung/63301>

Die auch TIN (Tax Identification Number) genannte Steuer-Identifikationsnummer ist eine bundeseinheitliche und dauerhafte Identifikationsnummer von in Deutschland gemeldeten Bürgern. Sie wird den Menschen bei der Geburt zugeteilt (eingeführt seit dem 1. Juli 2007, siehe http://bundesrecht.juris.de/ao_1977/_139b.html, http://www.bundesfinanzministerium.de/nm_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/S-teuern/Steueridentifikationsnummer/021.html?__nnn=true und http://www.focus.de/finanzen/steuern/tid-5448/steuerkontrollen_aid_52444.html). Ihre Konformität mit der Verfassung ist umstritten (siehe <http://ig.cs.tu-berlin.de/oldstatic/w2003/ir1/uebref/BrandtEtAl-Gutachten-G1-022004.pdf> und <http://www.schwarz-j.de/tag/steueridentifikationsnummer/>).

siehe

http://www.fdp.de/webcom/show_article.php?wc_c=459&wc_id=917, <http://www.fdp.de/files/541/842-Piltz-Bundesmeldesgesetz.pdf>, <http://www.fdp->

bundespartei.de/webcom/show_article_start.php/_c-358/_nr-455/i.html und
http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_article_neu.php?wc_c=334&wc_id=1012

Die FDP stimmte 1995 in einer Urabstimmung durch, bei der sich 63,6 % für den „Großen Lauschangriff“ aussprachen. Als Reaktion darauf trat Sabine Leutheusser-Schnarrenberger von ihrem Amt als Bundesministerin zurück (siehe <http://www.udo-leuschner.de/pdf/fdp.pdf> S. 259ff).

siehe <http://www.heise.de/newsticker/FDP-will-biometrische-Daten-auf-dem-Ausweis--/meldung/21893>

siehe http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_article_neu.php/_c-334/_nr-1345/i.html

Richtervorbehalt bedeutet, daß bestimmte Maßnahmen (wie z. B. das Einsetzen von Abhöreinrichtungen durch die Staatsanwaltschaft), die stark in die Grundrechte eines Verdächtigen eingreifen, nur veranlaßt werden dürfen, wenn ein Richter sie für recht- und verhältnismäßig erklärt (siehe <http://www.123recht.net/dictionary.asp?wort=Richtervorbehalt&ccheck=1>).

siehe z. B. <http://www.heise.de/security/Kripo-warnt-vor-rechtsfreiem-Cyberspace--/news/meldung/122375> und <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,165964,00.html>

In einer Diskussion zur Online-Durchsuchung nach Bekanntwerden von Details, wie das Innenministerium die diese gestalten will; der Deutschlandfunk verwendete das Zitat in einem am 30.08.2007 gesendeten Beitrag (siehe <http://www.tagesschau.de/multimedia/audio/audio5648.html> ab 2:05 und <http://netzpolitik.org/2007/messer-gabel-bundestrojaner/>).

In der Bundespressekonferenz vom 15. Mai 2007 (siehe http://www.netzpolitik.org/wp-upload/schaeuble_onlinedurchsuchung.mp3 und <http://netzpolitik.org/2007/schaeuble-stoibert-ueber-die-online-durchsuchung/>).

In einem Interview mit der Welt erklärte Schäuble, von der Technik nicht so viel wie von der Verfassung zu verstehen (siehe http://wolfgang-schaeuble.de/fileadmin/user_upload/PDF/070415wams.pdf); in der Bundespressekonferenz vom 15. Mai 2007 geriet er in Erklärungsnoté bezüglich der Funktionsweise der Online-Durchsuchung (siehe http://www.netzpolitik.org/wp-upload/schaeuble_onlinedurchsuchung.mp3 und <http://netzpolitik.org/2007/schaeuble-stoibert-ueber-die-online-durchsuchung/>); und in einem Interview mit dem Deutschlandfunk sagte er: „Ich bin kein Experte, und ich weiß auch gar nicht, ob es so furchtbar zielführend ist, daß man jede Ermittlungsmethodik der Sicherheitsbehörden breit diskutiert.“ (siehe http://www.dradio.de/dlf/sendungen/idw_dlf/675438/).

In einem Interview mit Deutschlandradio Kultur am 6. Februar 2007 (siehe <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/> und <http://www.heise.de/newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843>)

Es ist noch nicht bis ins letzte Detail geklärt, wie die Online-Durchsuchung technisch genau funktionieren soll (die Umsetzbarkeit wird oft in Zweifel gezogen, siehe z. B. <http://www.tagesschau.de/inland/onlinedurchsuchung26.html>, <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,502707,00.html> und <http://www.pc-wissen-online.de/2007/04/bundestrojaner-technische-umsetzung-noch-unklar/>). Klar ist aber folgendes: Eingesetzt werden soll der sogenannte Bundestrojaner, ein Computerprogramm, das ohne das Wissen des Nutzers getarnte Programme startet und bestimmte Befehle zur Ausforschung, Auslese oder Kopie sich auf der Festplatte und anderen integrierten Speichermedien befindlichen Informationen ausführt - was nicht mit dem Internet in Zusammenhang steht, abgesehen davon, daß man sowohl für die Nutzung des Internets als auch für das (einmalige) Empfangen eines Trojaners online sein muss (siehe <http://www.heise.de/security/Bundestrojaner-Geht-was-was-geht--/artikel/86415/0>, http://de.wikipedia.org/wiki/Online-Durchsuchung#Technische_Umsetzung und [http://de.wikipedia.org/wiki/Trojanisches_Pferd_\(Computerprogramm\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Trojanisches_Pferd_(Computerprogramm))).

In einem Interview mit Deutschlandradio Kultur am 6. Februar 2007 (siehe <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/> und <http://www.heise.de/newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843>).

In einem Interview mit Deutschlandradio Kultur am 6. Februar 2007 (siehe <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/> und <http://www.heise.de/newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843>).

In einem Interview mit Deutschlandradio Kultur am 6. Februar 2007 (siehe <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/> und <http://www.heise.de/newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843>).

siehe <http://ccc.de/updates/2009/filter-pm?language=en>

In einem Interview mit Deutschlandradio Kultur am 6. Februar 2007 (siehe <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/> und <http://www.heise.de/newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843>).

In einem Interview mit Deutschlandradio Kultur am 6. Februar 2007 (siehe <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/interview/590511/> und <http://www.heise.de/newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843>).

[newsticker/BKA-Chef-haelt-Online-Durchsuchungen-fuer-dringend-erforderlich--/meldung/84843\)](#)

In seinem Weihnachtsbrief 2007 schrieb der CDU-Generalsekretär: „Terrorismus muss konsequent und mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Die CDU wird nicht zulassen, daß in Deutschland rechtsfreie Räume existieren, in denen Terroristen unbehelligt agieren und Anschläge vorbereiten können. Deshalb treten wir dafür ein, daß auf einer soliden rechtlichen Grundlage Online-Durchsuchungen möglich werden.“ (siehe http://www.cdu.de/archiv/2370_21759.htm). Zu Merkel und Beckstein vgl. z. Bsp. http://www.chip.de/news/CDU-Deutsche-Internet-Politik-ist-nicht-erfolgreich_34145520.html bzw. <http://www.taz.de/nc/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=me&dig=2008%2F01%2F04%2Fa0117&src=GI&cHash=0a4540c339>).

In einer Rede zum Thema Video-Überwachung im Berliner Wahlkampf 2006 auf dem Kranoldplatz in Berlin-Steglitz (siehe http://textundblog.de/?p=1999#footnote_1_1999 ab 0:27).

In der gleichen Rede (siehe http://textundblog.de/?p=1999#footnote_1_1999 ab 0:36).

Das für die Verfolgung des Anti-Social-Behaviour („ASB“) zuständige „Home Office“ (siehe <http://www.homeoffice.gov.uk/>), das britische Ministerium für „immigration and passports, drugs policy, counter-terrorism, police, and science and research“, versteht darunter u. a. „halbstarkes Verhalten“, „aggressives Betteln“, das Zünden von Feuerwerkskörpern spät am Abend und Trinken auf der Straße (siehe <http://www.homeoffice.gov.uk/anti-social-behaviour/what-is-asb/>).

Z. B. sind in der Kleinstadt Middlesbrough öffentliche Videokameras seit 2006 teilweise mit Lautsprechern kombiniert, über die Missetäter von der Kontrollstelle der Polizei für ihr „ASB“ gerügt werden (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Oeffentliche-Lautsprecher-gegen-antisoziales-Verhalten--/meldung/78326>, <http://www.tagesschau.de/ausland/meldung25192.html> und <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23571/1.html>). Kommunen wenden die Anti-Terror-Gesetze auf „ASB“-Fälle an; so werden z. B. Kameras in Nachbarschaften angebracht, um Fälle von illegalem Müllabladen aufzudecken, oder Ermittler mit Richtmikrofonen eingesetzt, um Beweisaufnahmen für die Bearbeitung von Beschwerden über zu laute Kinder oder Hunde zu liefern (siehe <http://euro-police.noblogs.org/post/2008/11/03/vom-allgemeinen-nutzen-der-antiterrorgesetze> und <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/2696031/Anti-terrorism-laws-used-to-spy-on-noisy-children.html>). Das Home Office arbeitet mit der „British Crime Survey“ (siehe http://en.wikipedia.org/wiki/British_Crime_Survey), einer systematischen "Opferstudie", die landesweit 50.000 Personen nach ihren Begegnungen mit Graffiti, Vandalismus, illegalem Müllabladen, Betrunkenen, aggressivem Verhalten und Drogenhandel befragt (<http://www.homeoffice.gov.uk/anti-social-behaviour/>). Die rechtliche Grundlage zur Verfolgung liegen in sogenannten „Anti-Social Behaviour Orders“ (siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Anti-Social_Behaviour_Order) auf Basis des 1998

verabschiedeten „Crime and Disorder Act“ (siehe http://www.opsi.gov.uk/acts/acts1998/ukpga_19980037_en_1).

Z. B. der NRW- Innenminister Ingo Wolf im Februar 2008, nachdem das Bundesverfassungsgericht das nordrhein-westfälische Gesetz zur Online-Durchsuchung gestoppt hatte (siehe <http://www.ksta.de/html/artikel/1203599318824.shtml>), oder der Sprecher für innere Sicherheit der Grünen, Wolfgang Wieland, nach dem Urteil zur Rasterfahndung im Mai 2006 (siehe <http://www.wolfgang-wieland-info.de/userspace/KAND/wwieland/BundesverfassungsurteilRasterfahndung.pdf>).

Aus dem am 27. Februar 2006 im Magazin „The New Yorker“ erschienenen Artikel „Annals of the Pentagon – The Memo“ der Journalistin Jane Meyer (siehe http://www.newyorker.com/archive/2006/02/27/060227fa_fact?currentPage=1 > S. 5): „Cheney’s view, Wilkerson suggested, was fuelled by his desire to achieve a state of “perfect security.” He said, “I can’t fault the man for wanting to keep America safe, but he’ll corrupt the whole country to save it.”

Es handelt sich um die Verordnung (EG) Nr. [2252/2004](#) des Rates über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten (siehe <http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/l14154.htm>).

Das Europäische Parlament hat zwar über die Verordnung zu den neuen ePässen mit abgestimmt, allerdings wurde ihm ein Entwurf vorgelegt, in dem die Aufnahme von Fingerabdrücke in die neuen Reisepässe nicht zwingend, sondern nur optional geregelt war. Dies hätte den nationalen Gesetzgebern größere Entscheidungsräume offen gehalten. Verabschiedet wurde dann jedoch eine Verordnung, die die Mitgliedstaaten zwingt, neue Reisepässe mit Fingerabdrücken auszugeben.

siehe <http://www.aktung.de/stargate/glossar.php?view=detail&word=Reisepass#Entstehungsgeschichte>, http://www.arena.uio.no/publications/working-papers2006/papers/wp06_11.pdf und <http://geist-verlag.de/tageskalender/22-juni-historisches-ereignis-einfuehrung-e-pass?mini=lesungscal/2009/4/all&>

Für eine Übersicht über die EU-Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung siehe <http://europa.eu/scadplus/leg/de/s22011.htm>, http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/terrorism/strategies/fsj_terrorism_strategies_political_en.htm, http://ec.europa.eu/justice_home/fsj/terrorism/fsj_terrorism_intro_en.htm. Beispiele für die Berichterstattung zum Neuen Anti-Terror-Plan von 2007 siehe <http://www.heise.de/newsticker/EU-Kommission-skizziert-neuen-Anti-Terrorplan--/meldung/95549>, <http://www.zeit.de/news/artikel/2007/09/08/2373336.xml>, <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Terrorismus;art123,2373336> und <http://www.reuters.com/article/internetNews/idUSL0621125920071106>.

Nach wie vor gilt die mit dem Vertrag von Maastricht aus dem Jahr 1992 (mit den Veränderungen und Erweiterungen durch die Verträge von Amsterdam (1997) und Nizza (2001)) getroffene Vereinbarung, nachdem der Bereich der Inneren Sicherheit zur sogenannten 3. Säule (siehe <http://www.dgb-goslar.de/Aktuell/Europa/eu-3-saeulen.html> und http://de.wikipedia.org/wiki/Politisches_System_der_Europ%C3%A4ischen_Union#Politikbereiche_der_EU:_Drei-S.C3.A4ulen-Modell) gehört (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Polizeiliche_und_justizielle_Zusammenarbeit_in_Strafsachen#Geschichte), die intergouvernemental geprägt ist, was bedeutet, daß die Entscheidungskompetenz bei den Staaten verbleibt und Entscheidungen einstimmig gefällt werden müssen (siehe http://politikwissenschaft.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/inst_politikwiss/Melchior/ws06/theo/ref-erweiterung.pdf und <http://de.wikipedia.org/wiki/Intergouvernementalismus>), also nicht zum Gemeinschaftsrecht gehören.

siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29634/1.html>

Das EU-Parlament ist auf EU-Ebene nicht der Gesetzgeber, es arbeitet keine Gesetze aus oder erlässt sie - dies tut der Ministerrat auf Vorschlag der Kommission. Das Parlament ist eine Art zweite Kammer, die „Bürgerkammer“, die bei der Entscheidung über bestimmte Gesetze nur angehört wird; bei anderen muss sie zustimmen (siehe <http://www.europarl.de/export/parlament/vorstellung/parlament.html>, http://www.bpb.de/themen/SANWWX,0,Das_Europ%E4ische_Parlament.html und http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4isches_Parlament).

Die Grundrechte sind auf EU-Ebene bislang nur ungeschrieben vorhanden, werden vom Europäischen Gerichtshof aber durchaus angewandt (siehe <http://www.bpb.de/themen/K1FE86,0,0,Grundrechte.html> und [http://de.wikipedia.org/wiki/Grundrechte_\(Europ%C3%A4ische_Union\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Grundrechte_(Europ%C3%A4ische_Union))). Sie erreichen aber gerade im Datenschutz nicht den nationalen Standard. Das Bundesverfassungsgericht hat aus den deutschen Grundrechten konkrete Grundrechte wie das Persönlichkeitsrecht (siehe <http://www.juraforum.de/lexikon/Pers%C3%B6nlichkeitsrechte>), das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (siehe <http://www.datenschutz.de/recht/grundlagen/>) oder das neue "Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität von Informationssystemen" (im Urteil zur Online-Durchsuchung, siehe <http://www.bundesverfassungsgericht.de/pressemitteilungen/bvg08-022.html>) entwickelt, die es auf EU-Ebene nicht gibt. Außerdem sind die EU-Grundrechte nicht direkt einklagbar (siehe http://www.zeit.de/2005/22/Europaeische_Grundrechte_die_sich_nicht_einklagen_la_ssen; selbst die neue Grundrechte-Charta (<http://europa.eu/scadplus/leg/de/lvb/133501.htm>), die noch nicht in Kraft getreten ist, kann auf EU-Ebene nicht eingeklagt werden (siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,522960,00.html>).

Zuletzt hat das Bundesverfassungsgericht im „Solange-II-Beschlusses“ vom 22. Oktober 1986 und im "Maastricht-Beschluss" vom 12. Oktober 1993 festgestellt: "Solange" der Rechtsschutz durch die Organe der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere durch den Europäischen Gerichtshof, den Maßstäben der deutschen Grundrechte genüge, so dass das im Regelfall keine eigene Prüfung durchgeführt werden müsse, prüft das Bundesverfassungsgericht auf EU-Recht beruhende deutsche Gesetze nur eingeschränkt (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Solange_II, [http://www.jura.uni-duesseldorf.de/dozenten/lorz/materialien/vwa/\\$1Grundrechtsschutz_in_der_EU.ppt](http://www.jura.uni-duesseldorf.de/dozenten/lorz/materialien/vwa/$1Grundrechtsschutz_in_der_EU.ppt)).

Der Innenminister auf einem Symposium von sechs EU-Außenministern und dem US-Minister für Homeland Security in Werder, Brandenburg, am 1. Dezember 2007 (siehe <http://www.youtube.com/watch?v=hIRFQPjT8Cc>).

siehe http://www.nytimes.com/2005/12/16/politics/16program.html?_r=1&scp=2&sq=NSA&st=cse, <http://www.dradio.de/aktuell/451603/>, <http://www.heise.de/newsticker/US-Geheimdienst-ueberwachte-Internet-Kommunikation--/meldung/67761>, <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21650/1.html> und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,392250,00.html>

siehe <http://www.heise.de/newsticker/US-Repraesentantenhaus-gegen-Straffreiheit-fuer-NSA-Lauschgehilfen--/meldung/99155>, <http://www.heise.de/newsticker/US-Regierung-geht-wegen-Klage-gegen-Abhoermassnahmen-in-Berufung--/meldung/76247> und http://blogs.taz.de/ctrl/2008/11/22/obama_muss_ueber_abhoerprogramm_entscheiden/

siehe <http://www.tagesschau.de/inland/meldung96378.html> und http://de.wikipedia.org/wiki/Khaled_el-Masri

siehe <http://www.sueddeutsche.de/politik/97/420859/text/>, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,510416,00.html> und http://www.welt.de/politik/article1248301/Khaled_el_Masri_scheitert_mit_Klage_gegen_CIA.html

Z. B. äußerte er sich auf dem 15. Dreikönigstreffen der Münchner CSU am 6. Januar 2008 folgendermaßen: „Nur die Sicherheitsgarantie durch den Rechtsstaat ermöglicht die Freiheit der Bürger – der freiheitliche Rechtsstaat ist keine Gefahr für die Rechte der Bürger, sondern deren Garant.“ (siehe <http://www.csu-portal.de/verband/muenchen/080106SchaeubleVeranstaltung?verband=muenchen&reiter=reiter1>).

In seiner ersten Inauguration Speech am 4. März 1933: „First of all, let me assert my firm belief that the only thing we have to fear is fear itself - nameless, unreasoning,

unjustified terror [...] .” (siehe <http://kdka.com/national/inauguration.president.address.2.909036.html>).

TOR ist ein kostenloses Sicherheitstool zur Anonymisierung von Verbindungsdaten (siehe http://www.chip.de/downloads/Tor_19171052.html und [http://de.wikipedia.org/wiki/Tor_\(Netzwerk\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Tor_(Netzwerk))).

PGP („Pretty good privacy“) ist ein bekanntes Verschlüsselungsprogramm (siehe http://www.chip.de/downloads/PGP_12994029.html und http://de.wikipedia.org/wiki/Pretty_Good_Privacy).

Zehntes Kapitel: Vernichtet den Feind

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 64

siehe <http://www.zcommunications.org/zspace/commentaries/3793>, <http://www.guardian.co.uk/world/2007/jan/03/guantanamo.usa> und <http://www.forbes.com/feeds/afx/2005/06/24/afx2110388.html>

Neben Guantanamo und Bagram (siehe Kapitel 6) halten die USA in weiteren Internierungslagern und sogenannten „Black sites“, geheimen Gefängnissen, weitere „Terrorverdächtige“ gefangen (siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Black_site und http://www.amnesty.de/2009/1/9/nur-die-spitze-des-eisbergs?destination=suche%3Fwords%3DBlack%2Bsites%26search_x%3D0%26search_y%3D0%26search%3DSuchen%26form_id%3Dai_search_form_block).

Obwohl Amerikas neuer Präsident angekündigt hatte, er wolle die im Zuge des Anti-Terror-Kriegs verletzte Rechtsstaatlichkeit wieder herstellen, hält er in Bezug auf das Lager "Bagram" in Afghanistan an der Bush-Doktrin fest und verwehrt den dort festgehaltenen Häftlingen einen Zugang zur Justiz. Die Verhältnisse im Lager Bagram stehen jenen in Guantanamo in nichts nach. Im Dezember 2002 starben in Bagram zwei Häftlinge an Misshandlungen. Vgl. Die ZEIT Nr. 10 vom 26.2.2009. Zudem soll das Lager noch ausgebaut werden (siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29793/1.html>).

Im ZEIT-Artikel „Folter als Notwehr“ vom 6. März 2008 (siehe <http://www.zeit.de/2008/11/Folter?page=1> Seite 3).

Merkel: „Nach allgemeinen Prinzipien der Zurechnung von Handlungen und ihren Folgen wird, was zur Abwehr eines rechtswidrigen Angriffs erforderlich ist, dem Angreifer selbst zugerechnet. Wer sich in Mordabsicht auf seinen Feind stürzt und von diesem in Notwehr getötet wird, hat sich, normativ gesprochen, buchstäblich selber umgebracht. Dieses Zurechnungsprinzip gilt aber für Notwehrhandlungen auch dann, wenn sie äußerstenfalls nur im Modus einer Folter möglich wären.“ (siehe <http://www.zeit.de/2008/11/Folter?page=1> Seite 2).

siehe <http://www.zeit.de/2008/12/Antwort-Folter?page=1> Seite 2

siehe <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,549107,00.html>

siehe <http://www.zeit.de/2008/11/Folter> Seite 2

siehe <http://www.glanzundelend.de/glanzneu/depenheuer.htm>

In: Spiegelungen der Gleichheit, Christoph Menke (siehe http://books.google.de/books?id=DYTPWY2fmnsC&pg=PA168&lpg=PA168&dq=Im+Ausnahmefall+suspendiert+der+Staat+das+Recht&source=bl&ots=7s1Lm_SVPl&sig=CMQ5WUGITyXxJo0As0YMJYNI274&hl=de&ei=1jipSdvvEIu11QXC-MDHA&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result) Seite 168, Zeile 26/27

Aus: Politische Theologie, Band 1, Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 1922, S. 1

siehe <http://www.zeit.de/2008/11/Folter?page=1> Seite 1

Eine Medrese oder auch Madrasa ist eine traditionelle islamische Hochschule (siehe [http://lexikon.meyers.de/wissen/Medrese+\(Sachartikel\)](http://lexikon.meyers.de/wissen/Medrese+(Sachartikel))).

Aus: Rechtsgeschichte im Nationalsozialismus: Beiträge zur Geschichte einer Disziplin Von Michael Stolleis, Dieter Simon. Seite 29

Sein Vorgänger Otto Schily verargumentierte einen Abschluss 2005 folgendermaßen:
„In einer solchen Lage scheint es mir entscheidend, dass der Einsatz von Waffengewalt das letzte Mittel ist, um wenigstens das Leben zahlreicher anderer Menschen retten zu können, die im Falle der Untätigkeit ebenfalls zu Tode kommen würden. Müsste jedweder Versuch zur Rettung dieser Menschen unterbleiben, dann würde die Pflicht des Staates zum Schutz des Lebens seiner Bürgerinnen und Bürger geradezu in ihr Gegenteil verkehrt. Damit wird – und das ist besonders bedenkenswert – eine Abwägung von Leben gegen Leben gerade nicht getroffen. (...) Denn in der Extremsituation ist das Leben der Passagiere an Bord des in der Hand von Terroristen befindlichen Flugzeugs besiegelt und schon verloren.“ (aus: Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A.Brodocz, M. Llanque, G.Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrXZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokrati+e++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 162 oben).

Auch Politiker ziehen z. B. zur Begründung eines Abschussrechts von entführten Flugzeugen gerne die „Staatsnotwehr“ heran und führen dabei §35 des Grundgesetzes als Nothilfe-Vorschrift an (z. B. Außenminister Frank-Walter Steinmeier, siehe <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Fragen-des-Tages:art693,1894594>, oder Verteidigungsminister Franz Josef Jung, siehe http://www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-ich-wuerde-den-befehl-geben_aid_219935.html). Dieser Paragraph (siehe <http://dejure.org/gesetze/GG/35.html>) behandelt jedoch Amtshilfe und legt keine Grundlage für eine „Staatsnotwehr“. Vgl. dazu auch Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A. Brodocz, M. Llanque, G. Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrxZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokrati+e++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 162/163).

Beim sogenannten „Röhm-Putsch“ gab es insgesamt etwa 130 Tote (siehe <http://www.zweiter-wk.de/tags/sa.html#Roehmputsch> und <http://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6hm-Putsch>).

Er tat dies in der Schrift „Der Führer schützt das Recht“ (in: Deutsche Juristenzeitung 1934), einer formaljuristischen Rechtfertigung der Morde (siehe <http://delete129a.blogspot.de/2007/09/19/aamazone-uebergesetzliche-staatsnotwehr-a-eine-deutsche-tradition/> und http://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6hm-Putsch#.E2.80.9EDer_F.C3.BChrer_sch.C3.BCtzt_das_Recht.E2.80.9C).

So bezieht sich beispielsweise Otto Depenheuer ausdrücklich auf die Ideen von Carl Schmitt.

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 7

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 55f

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 67f

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S.101

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 72

Otto Schily im Deutschen Bundestag (siehe <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,381943,00.html> und www.goebel-suedpfalz.de/image/inhalte/20092007%20Rede%20zur%20Aktuellen%20Stunde.doc).

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 77

Aus: Otto Depenheuer, Selbstbehauptung des Rechtsstaates, Paderborn 2007, S. 22f

siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26953/1.html>

siehe http://www.zeit.de/2007/33/Schaeubles_Nachtlektuere und
http://www.taz.de/index.php?id=digitaz-artikel&ressort=pb&dig=2007/10/06/a0023&no_cache=1&src=GI

siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Terrorism_in_Saudi_Arabia

siehe <http://www.amnesty.de/presse/2008/10/13/saudi-arabien-toedliche-diskriminierung> und <http://www.amnesty.de/files/SaudiArabien1008.pdf>

Im Englischen: „Fight fire with fire“ (siehe <http://www.globalpolicy.org/empire/terrorwar/analysis/2004/0725lesserevil.htm> und <http://query.nytimes.com/gst/fullpage.html?res=9C0DE5D7173AF936A15754C0A9629C8B63>).

siehe http://www.bpb.de/publikationen/7TRTVD,3,0,Epochenwechsel_im_V%F6lkerrecht.html

siehe <http://www.zeit.de/2008/11/Folter>

Elftes Kapitel: Wozu das alles?, oder: Video-Aufnahmen bestätigen die Regel

Vielmehr ist ihre Notwendigkeit unter Experten umstritten (siehe z. B. Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A. Brodocz, M. Llanque, G. Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrxZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokratie++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 156, 2. Absatz) sowie <http://www.spiegelfechter.com/wordpress/category/stasi-20/page/4>).

Die RAND (für Research And Development) Corporation (siehe <http://www.rand.org/> und http://en.wikipedia.org/wiki/Rand_Corporation), die 1948 gegründet wurde und etwa 1.600 Mitarbeiter hat, ist offiziell eine Non-Profit-Organisation, die „durch Forschung und Analyse politische Strategien und Entscheidungsprozesse verbessern“ möchte und sowohl für die US-Regierung als auch für die Wirtschaft tätig ist. Aus ihrer Gründungsgeschichte heraus (die Corporation entstand aus dem dem 1946 als beratender Think-Tank für das US-Militär gegründeten Projekt RAND) ergibt sich

eine Nähe zum Militär und zur Rüstungsindustrie (siehe <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/USA/ploppa.html>).

John Arquilla und David F. Ronfeldt: Networks and Netwars. The Future of Terror, Crime and Militancy. RAND Corporation, 2001 (siehe <http://www.rand.org/publications/news/releases/netwars.html> und http://www.rand.org/pubs/monograph_reports/MR1382/).

Aus der Einleitung: „The fight for the future makes daily headlines. Its battles are not between the armies of leading states, nor are its weapons the large, expensive tanks, planes, and fleets of regular armed forces. Rather, the combatants come from bomb-making terrorist groups like Osama bin Laden’s al-Qaeda, drug smuggling cartels like those in Colombia and Mexico, and militant anarchists like the Black Bloc that ran amok during the Battle of Seattle. Other protagonists are civil-society activists fighting for democracy and human rights — from Burma to the Balkans. What all have in common is that they operate in small, dispersed units that can deploy nimbly— anywhere, anytime. They know how to penetrate and disrupt, as well as elude and evade. All feature network forms of organization, doctrine, strategy, and technology attuned to the information age. And, from the Intifadah to the drug war, they are proving very hard to beat; some may actually be winning. This is the story we tell.“ (siehe http://www.rand.org/pubs/monograph_reports/MR1382/MR1382.pref.pdf).

Vgl. dazu auch die neue Studie des RAND-Instituts, <http://www.heise.de/newsticker/Von-Filmkopierern-organisiertem-Verbrechen-und-Terroristen--/meldung/134164>.

siehe http://www.welt.de/print-welt/article479260/Nato_ruft_Buendnisfall_aus.html und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,156928,00.html>

Der komplette Text des Papiers unter http://www.csis.org/media/isis/events/080110_grand_strategy.pdf; siehe auch <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/27/27573/1.html>

Originalzitate aus dem Papier: „To be prepared for what cannot be predicted is going to be one of the foremost challenges in the years ahead. [...]What the Western allies face is a long, sustained and proactive defence of their societies and way of life.“ (siehe http://www.csis.org/media/isis/events/080110_grand_strategy.pdf Seiten 26 und 42).

Im Strategiepapier z. B. auf S. 15, 33/34 und 116

Im Strategiepapier auf S. 59

Im Strategiepapier z. B. auf S. 19, 27 und 44

siehe http://www.nato.int/docu/review/2008/05/FS_HUNGRY/EN/index.htm

Auf Seite 96: „Nuclear weapons are the ultimate instrument of an asymmetric response – and at the same time the ultimate tool of escalation. Yet they are also more than an instrument, since they transform the nature of any conflict and widen its scope from the regional to the global. Regrettably, nuclear weapons – and with them the option of first use – are indispensable, since there is simply no realistic prospect of a nuclear-free world. On the contrary, the risk of further proliferation is imminent and, with it, the danger that nuclear war fighting, albeit limited in scope, might become possible. This development must be prevented. It should therefore be kept in mind that technology could produce options that go beyond the traditional role of nuclear weapons in preventing a nuclear armed opponent from using nuclear weapons. In sum, nuclear weapons remain indispensable, and nuclear escalation continues to remain an element of any modern strategy.“

Auf Seite 94: „The first use of nuclear weapons must remain in the quiver of escalation as the ultimate instrument to prevent the use of weapons of mass destruction, in order to avoid truly existential dangers. At first glance, it may appear disproportionate; but taking account of the damage that it might prevent, it could well be proportionate.“

Auf Seite 94: „Despite the immense power of destruction possessed by nuclear weapons, the principle of damage limitation remains valid and must be kept in mind.“

Auf Seite 96: „As deterrence might occasionally either be lost or fail, the ability to restore deterrence through escalation at any time is another element of a proactive strategy.“

siehe <http://www.definero.de/Lexikon/Al-Qaida>

siehe z. B. <http://www.tagesspiegel.de/politik/international/Terrorismus-Al-Qaida:art123,2347538>,
http://www.welt.de/politik/article910322/Rueckzug_aus_Afghanistan_waere_Gesichtsverlust.html und http://www.zeit.de/2004/38/intern__Terrorismus?page=1 Seite 2

Z. B. sagte der Journalist Yassin Musharbash in seinem Vortrag auf der BKA-Herbsttagung 2007: „Al-Qaida wird immer mehr zu einem losen und in Teilen virtuellen Netzwerk, in dem nicht einmal al-Qaida selbst weiß, wer dazu gehört.“ (siehe http://www.bka.de/kriminalwissenschaften/herbsttagung/2007/langfassung_musharbash.pdf Seite 14). Im Verfassungsschutzbericht von 2005 ist Ähnliches zu lesen: „Aktuell erscheint „Al-Qaida“ eher als „virtuelle“ Organisation, die Impulse für die jeweils Agierenden setzt, und weniger als zentral organisierte Gruppierung.“ (siehe <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/PeriodischerBericht/Berichte-der-Bundesregierung/2006/05/Anlagen/2006-05-22-verfassungsschutzbericht-2005.property=publicationFile.pdf> Seite 205).

Es gab z. B. Anfang Dezember 2004 in Washington eine Konferenz zum Thema „Al Qaeda 2.0: Transnational Terrorism after 9/11“ (siehe

http://www.thewashingtonnote.com/archives/2004/11/al_qaeda_2o_the_1/); aber auch in der Presse wurde das Thema aufgegriffen (siehe z. B. http://www.usatoday.com/news/world/2005-08-07-alqaedageneration_x.htm); es existiert sogar ein Film dazu (siehe http://ffh.films.com/id/5978/Al_Qaeda_20.htm).

Für eine Liste der zugeschriebenen Anschläge siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Al-Qaida#Zugeschriebene_Anschl.C3.A4ge

So titelte z. B. der SPIEGEL am 26. März 2007 „Mekka Deutschland. Die stille Islamisierung“ und sprach von der „schleichenden Islamisierung in Randgebieten der Gesellschaft“, von „Parallelwelten mitten in deutschen Städten“ (Leitartikel „Haben wir schon die Scharia?“); siehe auch http://www.focus.de/politik/deutschland/integrationskrise-vertraut-und-fremd_aid_202465.html und <http://www.wsws.org/de/2007/apr2007/kora-a10.shtml>.

siehe kostenlos abrufbares Skript zum Internetrecht von Prof. Thomas Hoeren unter http://www.uni-muenster.de/Jura.itm/hoeren/material/Skript/skript_Januar2006.pdf

Z. B. wurden im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm zahlreiche Wohnungen von G8-Gegnern durchsucht und Computer beschlagnahmt, weil man eine „terroristische Vereinigung“ vermutete (siehe http://www.jura.uni-bielefeld.de/Lehrstuehle/Fisahn/Veroeffentlichungen_Vortraege/2007/Auf%20dem%20Weg%20in%20den%20Sicherheitsstaat%20Was%20Heiligendamm%20uns%20zeigt.pdf), und eine vorbeugende Schutzhaft von möglicherweise gewalttätigen Demonstranten diskutiert. Nach dem G8-Gipfel in Genau 2001 wurden „als „Demonstrationstäter“ bekannte „verdächtige“ Deutsche über mehrere Wochen hinweg inhaftiert“ (aus: Skadi Krause: Antiterrorkampf und die Verteidigung der Grundrechte. In: A. Brodocz, M. Llanque, G. Schaal (Hrsg.): Bedrohungen der Demokratie. 2008, siehe auch http://books.google.de/books?id=BGWrxZETyH8C&pg=PA152&lpg=PA152&dq=Bedrohungen+der+Demokratie++Von+Andr%C3%A9+Brodocz,+Marcus+Llanque,+Gary+Schaal+Skadi+Krause&source=bl&ots=UFo13iA1F3&sig=THIMu91USjuF8k3MAOoH4TBOhEU&hl=de&ei=sJu_Sf_WGNKJsAa9jeizDQ&sa=X&oi=book_result&resnum=1&ct=result, S. 164 oben).

Falun Gong hat überall auf der Welt Mitglieder und betreibt ein weitverzweigtes Netz von Internetseiten, um auf die Verfolgung aufmerksam zu machen (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Falun_Gong und <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/7/7382/1.html>).

siehe <http://www.golem.de/0709/54680.html>

Die "Black Boxes" der Briten, siehe dazu Kapitel 2. Die Folgen sind unüberschaubar: So wurden etwa ein Student und ein Universitätsmitarbeiter verhaftet, nachdem sie ein extremistisches Al-Kaida-Handbuch aus dem Internet geladen und ausgedruckt hatten. Der Student schrieb lediglich an einer Dissertation über radikale islamistische

Gruppen siehe <http://www.timeshighereducation.co.uk/story.asp?sectioncode=26&storycode=402125&c=2>).

siehe <http://www.timeshighereducation.co.uk/story.asp?sectioncode=26&storycode=402125&c=2>

siehe <https://www.datenschutzzentrum.de/scoring/060404-kreditscoring.htm> Absatz 2

Der Klondike ist ein Fluß in Kanada, an dessen Mündung die Goldgräberstadt Dawson City liegt (siehe http://de.wikipedia.org/wiki/Klondike_River).

siehe <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2000/1009/none/0051/index.html>

siehe http://www.zeit.de/2004/11/G-Schufa-Beist_9fck,
<http://www.swr.de/swr1/rp/tipps/alltag/-/id=446800/vv=printall/nid=446800/did=3577934/m0ultg/index.html> und
http://archiv.foebud.org/dp/docs/dp_zeit041118_rohwetter_wirWerdenTaeglichAusgespaecht.html

RFID (für Radio Frequency Identification, also Identifizierung mittels elektromagnetischer Wellen)-Chips ermöglichen die automatische Identifizierung und Lokalisierung von Gegenständen und Lebewesen. Die Chips werden in vielen Bereichen eingesetzt, z. B. sind europäische E-Pässe, Parfumerie-Produkte, elektronische Wegfahrsperrern von Autos und Skipässe mit ihnen ausgestattet. Der flächendeckende Einsatz in Supermärkten scheitert noch am Preis. Bei Anlieferung und im Lager arbeiten viele große Konzerne jedoch bereits mit den Chips. 2003 geriet Metro in die Kritik, weil der Konzern Kundenkarten teilweise mit Transpondern ausgestattet hatte, ohne die Kunden in Kenntnis zu setzen (siehe Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 85ff und <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/16/16803/1.html>).

siehe <http://www.lexexakt.de/glossar/kundenprofil.php> und
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,446407,00.html>

Die Zwickauer Meldebehörde will persönliche Daten von Bürgern auf Anfrage an politische Parteien verkaufen, die diese z. B. dafür nutzen kann, Erstwählern zielgruppenspezifische Werbung zuschicken zu können. Rechtlich möglich wird der Datenverkauf durch "Öffnungsklauseln" im Sächsischen Meldegesetz (siehe <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/REGIONALES/ZWICKAU/ZWICKAU/1434184.html>).

siehe <http://www.topleads.de/preise.php>

Im Mai 2008 wurde bekannt, dass die Telekom Mitarbeiter, Gewerkschaftsfunktionäre und Journalisten überwachen ließ, um zu ermitteln, wer vertrauliche Informationen weitergegeben hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelte (siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,556398,00.html>, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/404/443143/text/> und <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,586516,00.html>).

Im Januar 2009 geriet die Deutsche Bahn in die Kritik, weil das Unternehmen mit dem Ziel der Korruptionsbekämpfung wiederholt personenbezogene Daten von 173.000 Mitarbeitern mit anderen Datenbanken abgeglichen und die Überprüfung durch Detekteien veranlasst hatte (siehe <http://www.tagesschau.de/inland/bahn798.html> und <http://wissen.spiegel.de/wissen/dokument/28/66/dokument.html?titel=Bahn-Sp%C3%A4h-Projekte&id=64156682&top=Lexikon&suchbegriff=bahn+mitarbeiter+bespitzelt&quellen=&qcrubrik=wirtschaft>).

Telekom-Chef René Obermann ließ verlauten, er habe keine Kenntnis von der Bespitzelung gehabt (siehe <http://www.tagesschau.de/wirtschaft/telekomaffaere18.html>), der ehemalige Konzernchef Kai-Uwe Ricke wies die Vorwürfe ebenfalls zurück (siehe <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,555904,00.html>). Auch Bahn-Chef Hartmut Mehdorn will von nichts gewusst haben (siehe <http://www.tagesschau.de/inland/bahn830.html>).

Im März 2009 rang Mehdorn sich dazu durch zu sagen, dass vielleicht Fehler gemacht worden seien (siehe <http://www.zeit.de/online/2009/10/bahn-affaere-mehdorn>).

aus: Anne-Catherine Simon, Thomas Simon: Ausgespäht und abgespeichert, S. 143.

Epilog: Unfreie Aussichten

siehe <http://www.orwelltoday.com/canonbury.shtml>

siehe <http://www.spiegel.de/netzwelt/tech/0,1518,475232,00.html> und <http://www.thisislondon.co.uk/news/article-23391081-details/George+Orwell+%2C+Big+Brother+is+watching+your+house/article.do>; CCTV (für Closed Circuit Television) sind Videoüberwachungsanlagen.

siehe <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/henryporter/2009/feb/11/police-surveillance-cctv-pubs>

Die Totalüberwachung soll mittels sogenannter „Black Boxes“ durchgeführt werden, die überall im Datennetz installiert werden und Email-Verkehr und Surfverhalten speichern (siehe <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,589094,00.html> und Kapitel 2).

siehe <http://www.guardian.co.uk/uk/2009/feb/06/surveillance-freedom-peers> und <http://www.guardian.co.uk/commentisfree/2009/feb/06/surveillance-lords-liberty-central>

siehe

http://www.reddit.com/r/worldnews/comments/7vhd0/uk_house_of_lords_british_surveillance_greatest/

Constitution Committee - Second Report: „Surveillance: Citizens and the State“ vom 19.11.2008 (siehe <http://www.publications.parliament.uk/pa/ld200809/ldselect/ldconst/18/18.pdf>)

In der Einleitung des Gutachtens, Absatz 6: „Some of the questions we sought to answer included: Have increased surveillance and data collection by the state fundamentally altered the way it relates to its citizens? What forms of surveillance and data collection might be considered constitutionally proper or improper? Is there a line that should not be crossed? How could it be identified? What effect do public and private sector surveillance and data collection have on a citizen's liberty and privacy? How have surveillance and data collection altered the nature of citizenship in the 21st century, especially in terms of citizens' relationship with the state? Is the Data Protection Act 1998 sufficient to protect citizens? Is there a need for additional constitutional protection for citizens in relation to surveillance and the collection of data?“

In der Einleitung des Gutachtens, Absatz 3: „The expansion in the use of surveillance represents one of the most significant changes in the life of the nation since the end of the Second World War“.

In Kapitel 3 des Gutachtens, Absatz 70: „It is difficult to determine exactly how many CCTV cameras there are in the UK but recent estimates have put the figure at over 4 million.“

In Kapitel 4 des Gutachtens, Absatz 180: „The NDNAD (National DNA Database), in proportionate terms, is the largest of its kind in the world. It contains DNA profiles of 7.39 per cent of the UK population.“

Vgl. auf <http://www.accountancyage.com/computeractive/news/2236072/lords-committee-releases>: „Lord Goodlad, chairman of the House of Lords Constitution Committee, said: “The UK now has more CCTV cameras and a bigger national DNA database than any other country. There can be no justification for this gradual but incessant creep towards every detail about us being recorded and pored over by the state.”“

In Kapitel 9 des Gutachtens, Absatz 452: „We regard privacy and the application of executive and legislative restraint to the use of surveillance and data collection powers as necessary conditions for the exercise of individual freedom and liberty.“

Das Gesetz vom Juli 2008 regelt die Befugnisse staatlicher Institutionen bei der Durchführung von Überwachungs-, Abhör- und Ermittlungsmaßnahmen. Es ermöglicht ihnen z. B. die geheime Überwachung der Kommunikationsaktivitäten von Privatpersonen. Das Gesetz ist stark umstritten, u. a., weil es im Verdacht steht, für die Verfolgung harmloser Vorfälle herangezogen zu werden (siehe http://en.wikipedia.org/wiki/Regulation_of_Investigatory_Powers_Act_2000#Controversy; für den Gesetzestext siehe http://www.opsi.gov.uk/ACTS/acts2000/en/ukpgaen_20000023_en_1).

siehe <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/29/29057/1.html>

siehe <http://www.spiegel.de/schulspiegel/ausland/0,1518,576790,00.html>

siehe <http://www.dailymail.co.uk/news/article-558632/Council-spies-stalked-family-weeks-check-lived-schools-catchment-area.html>

siehe <http://www.telegraph.co.uk/news/uknews/2696031/Anti-terrorism-laws-used-to-spy-on-noisy-children.html>

Dies äußerte Merkel in einer Rede zum Thema Video-Überwachung auf der Wahlkampf-Abschlussveranstaltung der Berliner CDU 2006 auf dem Kranoldplatz in Berlin-Steglitz (<http://netzpolitik.org/2007/nie-wieder-falsch-parken-null-toleranz-bei-innerer-sicherheit-2/>).

Die Koalition einigte sich im Oktober 2008 auf eine Grundgesetzänderung, um Bundeswehreinmächtigkeiten im Innern in Ausnahmefällen zu ermöglichen (siehe <http://www.heise.de/tp/blogs/8/116973>). Während des G8-Gipfels in Heiligendamm wurde dies bereits praktiziert: Die Bundeswehr nutzte ihre Kapazitäten zur „Feindabwehr“, um Lageberichte anzufertigen (siehe http://www.jura.uni-bielefeld.de/Lehrstuehle/Fisahn/Veroeffentlichungen_Vortraege/2007/Auf%20dem%20Weg%20in%20den%20Sicherheitsstaat%20Was%20Heiligendamm%20uns%20zeigt.pdf).

Es gibt immer wieder Bestrebungen, die Maut-Daten zu Erstellung von Bewegungsprofilen für Fahndungszwecke zu nutzen (z. B. durch Innenminister Schäuble (siehe <http://www.heise.de/newsticker/LKW-Maut-Schaeuble-will-Zweckbindung-der-Mautdaten-aufheben--/meldung/76391>) oder Generalbundesanwalt **Nehm** (siehe <http://www.heute.de/ZDFheute/inhalt/19/0,3672,3759475,00.html>)).

Die sogenannte Fluggastdatenspeicherung soll mittels eines PNR (Passenger Name Record)-Systems Informationen (wie Namen, Geburts- und Flugdaten, Kreditkarteninformationen, besondere Essenswünsche, Buchungen für Hotels oder Mietwagen sowie E-Mail-Adressen und Telefonnummern) sammeln, 72 Stunden vor Abflug an die Mitgliedsstaaten weiterleiten und 13 Jahre lang speichern (siehe <http://www.heise.de/newsticker/EU-Staaten-sollen-Flugpassagierdaten-13-Jahre-lang->

[speichern--/meldung/98459](#) und <http://www.heise.de/newsticker/EU-Plaene-zur-Fluggastdatenspeicherung-liegen-auf-Eis--/meldung/119632>).

siehe <http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/index.php?id=26547> und <http://www.rp-online.de/public/article/beruf/arbeitswelt/466484/Lohnsteuerkarte-wird-abgeschafft.html>

siehe <http://www.gemeinsamlernen.de/vile-netzwerk/Regionalgruppen/nord/projekte/koalition/demokratie/orwell>

Der Vertrag wurde am 13. Dezember 2007 unterzeichnet, wird jedoch erst in Kraft treten, wenn alle 27 Mitgliedstaaten ihn ratifiziert haben. Er soll den abgelehnten Vertrag über eine Verfassung für Europa ersetzen und wird die bestehenden völkerrechtlichen Vertragsgrundlagen des europäischen Integrationsverbandes (EG- und EU-Vertrag) ändern (siehe http://europa.eu/lisbon_treaty/glance/index_de.htm).

siehe http://europa.eu/scadplus/glossary/police_judicial_cooperation_de.htm

Verordnung (EG) Nr. 2252/2004 des Rates vom 13. Dezember 2004 über Normen für Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in von den Mitgliedstaaten ausgestellten Pässen und Reisedokumenten (siehe <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2004:385:0001:0006:DE:PDF>)

Richtlinie 2006/24/EG über die Vorratsspeicherung von Daten (siehe <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:105:0054:01:DE:HTML>)

siehe <http://www.heise.de/newsticker/Ist-das-heute-die-Geburtsstunde-von-Big-Brother-EU--/meldung/96826>

<http://www.gipfelsoli.org/Gipfelsoli/5535.html> zum EU-Strategiepapier „Freedom, Security, Privacy – European Home Affairs in an open world“

siehe <http://futurezone.orf.at/stories/1502463/>

Z. B. sagte Dieter Wiefelspütz, der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, gegenüber handelsblatt.com: "Das ist in jeder Beziehung fragwürdig und unverhältnismäßig." (siehe <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/empoeerung-ueber-nacktscanner-vorstoss-der-eu;2070596>). Auch Politiker anderer Parteien zeigten sich empört (siehe <http://www.heise.de/newsticker/Empoeerung-ueber-Nackt-Scanner-fuer-Flughaefen--/meldung/117824>).

Seit 2004 gelten in der EU neue einheitliche Regeln für Haustiere auf Reisen, nach denen für Hunde, Katzen und Frettchen ein Heimtierausweis mitgeführt werden und eine eindeutige Kennzeichnung vorliegen muss. Bis 2011 darf letztere noch durch eine

Tätowierung gegeben sein, danach ist ein eingepflanzter Chip erforderlich. In skandinavische Ländern und nach Großbritannien dürfen auch jetzt schon nur „gechippte“ Hunde einreisen (siehe <http://www.amstieraerzte.de/einreise.php>).